

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Lokalkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Aus Österreich. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Die grundsätzliche Agitation der Christen in Österreich. — Zentralratentafel. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlöhne, Subventionen usw. — Aus Unternehmertum. — Aus anderen Verufen. — Verschickenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Organische Entwicklung oder gewaltsamer Umsturz?

Die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“.

I.

Die aus den Sozialdemokraten und Freisinnigen bestehende Minderheit des Deutschen Reichstages hat es, obwohl sie die Masse des deutschen Volkes hinter sich hat, leider nicht verhindern können, daß das Werk der sogenannten „Reichsfinanzreform“ von der reaktionären Mehrheit, dem Zentrum, den „Schönen Bunde“ mit den Konservativen und den Nationalliberalen, vollbracht wurde. Wieder einmal haben diese „Reichsfinanzreform“ Parteien der von ihnen schon so oft mißbrauchten Phrase von der „Schonung der schwachen Schultern“ Hohn gesprochen. Wieder haben sie unter möglicher Schonung der agrarischen Kreise, dem erwerbstätigen Volk, der Arbeiterklasse und den breiten Schichten des Mittelstandes neue Steuerlasten im Betrage von über M. 200 000 000 auferlegt, um das Reich aus der Finanzlemme zu befreien, in die es durch seine ungeheuren Ausgaben für Heer, Marine und Weltmachtpolitik in Verbindung mit einer heillosen Schuldenwirtschaft gebracht worden. Betrachten wir, wie diese 200 000 000 den Steuerzahlern abgenommen werden sollen.

Da ist zunächst die neue Biersteuer. Sie wurde mit 160 gegen 106 Stimmen angenommen. Nach süddeutschem Vorbilde baut sie sich auf einen Eissellars auf, der eine Steigerung der Steuer mit dem Wachstums des Malzverbrauches vorstellt. Die Mehrbelastung beträgt bei den kleinsten Betrieben etwa 5 A pro Hektoliter; sie steigt sich bei den großen Betrieben bis auf etwas über M. 1. Natürlich sind die Brauereien bemüht, diese Belastung von sich abzuwälzen. Und darüber hinaus ist ihr Streben darauf gerichtet, mit dieser Abwälzung noch einen Extraprofit zu verbinden. Die großen Brauereiverbände haben beschlossen, den Preis pro Hektoliter Bier nicht nur um den Betrag der Steuer, sondern um M. 2 bis M. 2,50 heraufzusetzen. Das geht auf eine geradezu wucherische Erhöhung der Konsumenten hinaus, denn selbstverständlich fällt es den Gastwirten nicht ein, diese Preissteigerung zu tragen; sie werden sie auf die Konsumenten abwälzen, indem sie diesen 2 bis 2 A mehr pro Liter Bier abnehmen. Und zwar mindestens. Denn daß sich auch unter den Gastwirten viele finden werden, die die günstige Gelegenheit, sich einen Extraprofit zu sichern, nicht entgehen lassen, ist klar. Der Verein der Brauereien Berlins hat in einer öffentlichen Rundgebung ausgesprochen: die Gastwirte seien nicht in der Lage, die höheren Preise zu tragen, eine Abwälzung auf die Konsumenten sei „unvermeidlich“. Wer dann täglich etwa einen Liter Bier trinkt, der wird damit dem Steuerfiskus des Reiches, den Brauereien und den Gastwirten in Höhe von etwa M. 9 jährlich tributpflichtig.

Die von der Regierung vorgeschlagene Tabaksteuer ist gefallen. Dagegen wurde mit 166 gegen 96 Stimmen eine Zigarettensteuer angenommen. Die gewählte Form ist die Banderolensteuer, das heißt, jedes Packchen Zigaretten oder Zigarettenabak ist unterliegt einem bestimmten Verpackungszwang und muß mit der Steuermarke versehen sein, die sie aus der Fabrik in den Handel kommen. Ohne solche Steuermarke darf bei schwerer Strafe keine Zigarette und kein Zigarettenabak verkauft werden. Damit wird die

„Steuerfälschung“ zu-unerhörter Höhe gelangen, denn nicht weniger als 1600 Zigarettenfabriken, 816 Zigarettenabakfabriken, 16 000 Zigarettenhändler, 200 000 Gastwirte und 250 000 Kolonialwarenhändler werden unter Feuerbeschuldigung gestellt. Die Steuer muß vorausgezahlt werden, und diese Einzahlung wird ohne Zweifel runds für viele kleine Fabrikanten wirken, dagegen aber die großkapitalistische Vertikung in der Zigarettenindustrie erheblich fördern. Die Steuer auf die geringste Sorte Zigaretten, die Pfennigzigaretten, ist auf M. 1,50 pro Tausend festgesetzt worden; sie steigt bei den besseren Sorten bis zu M. 10 pro Tausend. Ein Arbeiter, der jährlich die beschriebene Menge von etwa 1000 Zigaretten mittlerer Sorte raucht, zahlt für diesen Genuß dem Reich etwa M. 3 bis 4 Steuer. Gerade aus den geringeren Sorten wird der Hauptbetrag der Steuer herausgeschlagen. Und die arbeitenden Klassen sind es, die diese Sorten konsumieren. Es geht sich hier wieder, wie „trefflich“ sich Regierung und die Reichstagsmehrheit auf die sogenannte „ausgleichende Gerechtigkeit“ in Steuerfragen verheißt; immer werden die billigeren Waren, die die arbeitenden Klassen konsumieren, die dem eigentlichen Massenkonsum dienen, relativ am schwersten durch indirekte Steuern bestraft.

Ohne Zweifel wird, wie die Biersteuer, so auch die Zigarettensteuer eine erhebliche Einschränkung des Konsums und eine Verschlechterung der Waren zur Folge haben. Daß die verheerenden Wirkungen dieser Steuer in erster Linie die Arbeiterklasse der Zigarettenindustrie treffen werden, ist schon jetzt klar ersichtlich. Darüber äußert sich ein Aufruf der Berliner Zigarettenfabrikanten des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wie folgt:

„Die verheerende Wirkung der kommenden Banderolensteuer soll noch verstärkt werden durch Maßnahmen der Zigarettenfabrikanten. Die Spanne Zeit bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, das ist der 1. Juli d. J., wollen sie dazu benutzen, eine riesenhafte Ueberproduktion zu schaffen. Da nämlich nach dem Gesetz den Produzenten noch eine Frist von einem Monat (das ist bis 1. August cr.) den Händlern eine solche von zwei Monaten (das ist bis 1. September cr.) für den Verkauf der angelieferten Vorräte vom Inkrafttreten des Gesetzes an gewährt wird, so überfluten sich die Zigarettenfabrikanten gegenseitig, um durch schriftliche Aufzeichnungen oder durch ihre Händlern bei den Händlern Verkäufe zu erzielen, die deren Lager auf Monate hinaus füllen werden. Um nun die dadurch herbeigeführten außergewöhnlich großen Aufträge ausführen zu können, stellen die Zigarettenfabrikanten übermenschliche Anforderungen an die Arbeiter, indem sie ihnen nicht nur zumuten, in den Fabriken Überstunden zu machen, sondern sie auch noch veranlassen, Hausarbeit mitzunehmen, die nach Feierabend und am Sonntag fertig zu stellen ist.“

Da in der Zigarettenindustrie größtenteils Frauen und Mädchen sowie, da zur Unterfertigung von Zigaretten eine größere physische Kraft nicht nötig ist, auch viele schwächliche und gebrechliche Arbeiter beschäftigt sind, so muß eine derartige Ueberanstrengung der Arbeiter fürchterliche Folgen haben. Der Kapitalismus karrert über Leichen, wenn es den Profit gilt.

Die Banderolensteuer wird die Ware verteuern, und so ist ein Konsumrückgang sicher. Beweis ist unter anderem die Folge der Zoll- und Steuererhöhung auf Rohabak im Jahre 1879. Bis zu 15 000 Tabakarbeiter wurden damals mit einem Schlag arbeitslos. Und diese Folgen der Banderolensteuer müssen um so verheerender werden, wenn durch die vorerwähnten Manipulationen der Zigarettenfabrikanten die Lager der Händler auf Monate gefüllt werden. Logischerweise wird nachher die Produktion von Zigaretten so lange eingeschränkt werden, bis diese überfluteten Lager wieder geräumt sind.

Das Kapital verheißt es immer, sich für neue steuerliche Eingriffe einer vertehrten und ungerechten Finanzpolitik in der Industrie schuldig zu halten an den Arbeitern.

Mit dem Tage, an welchem das Gesetz in Kraft tritt (wie schon erwähnt, am 1. Juli d. J.) müssen alle Händler mit Zigaretten und Zigarettenabak der Kreisbehörde Anzeige über ihren Handel machen, unter genauer Beschreibung der Räume, in denen der Kleinverkauf stattfindet. Sie sind einer ungemein lästigen und

zeitraubenden Kontrolle unterworfen. Viele von ihnen werden deshalb vorziehen, den Handel mit Fabrikaten der Zigarettenindustrie ganz aufzugeben, zumal sie sich bei Verfehlungen gegen das Gesetz Ordnungsstrafen in Höhe bis zu M. 300 auszahlen. Daraus wird sich eine weitere Einschränkung des Konsums ergeben. Das alles ist der reaktionären Mehrheit im Reichstage vorausgesetzt worden, aber sie hat kein Ohr dafür gehabt.

Politische Umschau.

Zwickauer Polizeipraxis.

Wer heute ein Mittel entdeckt, das geeignet wäre, Streiks umöglich zu machen oder doch ihre unangenehme Wirkung für die Unternehmer aufzuheben, der würde von diesen als der genialste Erfinder aller Zeiten gepriesen werden. Ein solches Mittel wäre für sie der Stein der Weisen. Die in starker Ausbeutung stehenden Erzeugnisse haben es der Zwickauer Polizeibehörde oder doch ihrem „leitenden Kopfe“ angetan. Seit nahezu zwei Jahrzehnten ist sie auf diesem Gebiet tätig. Freilich kann man gerade nicht behaupten, daß ihre Mühen von besonderem Erfolg gekrönt gewesen seien.

Viele Kollegen werden sich noch deutlich daran erinnern können, wie diese Behörde schon zweimal durch einen ebenso fähigen wie genialen Handstreich die Augen der Öffentlichkeit auf sich lenkte. Die Zwickauer Polizeibehörde war es, die im Jahre 1889 das Streikkomitee der Maurer „auflöste“ und jede weitere Tagung des Komitees mit Strafe bedrohte. Der damalige Polizeirektor Sachse hat viel zur Erhöhung des sächsischen Polizeinamens beigetragen, und die Genialität dieses Mannes ist selbst dadurch nicht in den Schatten gestellt worden, daß die Streschauptmannschaft Zwickau diese Sachseerei billigte. Insofern es war unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes, und da war manches möglich, was man sonst nur als Unethode passieren läßt. Geholfen hat es zwar recht wenig, aber die Zwickauer Polizei tröstete sich damit, daß es genüge, Großes gewollt zu haben. Ein Jahrzehnt später hat sie es abermals fertig gebracht, die Streiks der Maurer und Zimmerer für beendet zu erklären und, da ein Streikkomitee nicht vorhanden war, den Streikleiter auszulösen. Diese Glanzleistungen der Zwickauer Polizei sind seinerzeit viel bemerkt worden.

Die damals ermordeten Vorbeeren lassen die heutigen Polizeihäupter nicht ruhen. Um den Ruf von Zwickau auch fernerhin zu wahren, haben sie dieser Tage folgenden Erlaß an den Leiter des gegenwärtigen Maurerstreiks gerichtet:

Nach den neuerdings gepflogenen Erhebungen sind die am 28. April d. J. und an den folgenden Tagen in den Ausstand getretenen Maurer hiesiger Baugeschäftsinhaber zum großen Teil abgerufen. Ein weiterer erheblicher Teil der ortsanwesenden Maurer ist wieder in Arbeit getreten und eine größere Zahl Maurer ist überhaupt nicht ausständig geworden, so daß gegenwärtig nur noch die für die Agitation tätigen Maurer die Beschäftigung nicht aufgenommen haben.

Danach hat die unterzeichnete Behörde die Ueberzeugung gewonnen, daß der Streik der Maurer hiesig nicht erloschen ist und kein Anlaß vorliegt, daß die Streikleitung und das sogenannte Streikbureau in Tätigkeit bleiben. Es wird deshalb und weil durch die ungebührliche Fortsetzung der Agitation für den tatsächlich erloschenen Streik eine allgemeine Beunruhigung aller in dem Baugewerbe sowie in den mit demselben in Verbindung stehenden Berufen beschäftigten Arbeiter herbeigeführt wird, die Streikleitung und das im Gasthause zum „Belvedere“ errichtete Streikbureau aufgelöst.

Als gegenwärtiger Leiter der hiesigen Maurer-Lohnbewegung (Ausstand) wird Ihnen solches hiermit eröffnet unter der gleichzeitigen Bedingung, daß Sie in jedem Einzelfalle Geldstrafe von einhundert Mark oder Haft von vierzehn Tagen zu gewärtigen haben, falls Sie und die sogenannten Streikpostenstreicher sowie alle sonst von Ihnen zur Agitation für die bisherige Ausstandsbewegung verwendeten Personen diese

Agitation fortsetzen, namentlich Berufsge nossen von der Annahme von Arbeit über deren Fortsetzung irgendwie zu bewegen suchen oder durch irgendwelche Ankündigung die unumkehrbare Behauptung eines Fortbestehens des Streiks verbreiten.

Diese Verfügung tritt sofort mit dem Tage der Zustellung in Wirksamkeit und wird etwaige Einlegung eines Rechtsmittels nicht aufgehoben.

Der Rat der Stadt Zwickau.
Wohlfahrtsausschuss.

Eine ähnliche Verfügung ist auch dem Wirt des „Belvedere“ zugegangen, worin ihm bei Androhung von 160 Geldstrafe bezw. 14 Tagen Haft verboten wird, sein Lokal der Streikleitung weiter zu überlassen, lediglich zur Streikabrechnung ist dies gnädig gestattet.

Dieser Akt der Zwickauer Polizei macht das Gland unseres Koalitionsrechts wieder handgreiflich. Selbstherrlich, wie der Patron eines offenkundigen Quisbegriffs, verfügt die Polizei über die Aufhebung des Streiks, verleiht der gewählten Streikleitung jede fernere Tätigkeit, bedroht sogar jede Ankündigung, daß der Streik noch nicht erledigt sei, mit Strafe! Und das alles wird gemacht, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wird, die Berechtigung dieser sonderbaren Verfügung durch Einführung der Paragraphen zu beweisen, auf die sie sich eventuell stützen könnte. Und ist es unergründlich, woraus man die Berechtigung zu solchen Eingriffen herleiten will. Sider werden sich ja die Gerichte noch mit diesem Erzeugnis Zwickauer Polizeiweltlichkeit zu befassen haben. Die streikenden Kollegen in Zwickau werden unbestimmt um die Polizei ihre Tätigkeit, die sich im Rahmen der Reichsgesetze bewegt, weiter ausüben. Es leidet nicht daran, daß die sächsische Polizei mit der Arbeiterbewegung nicht mehr fertig.

Einen Vorgeschmack von der in Aussicht stehenden Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gibt uns ein Urteil des Landgerichts Frankfurt a. M., wodurch die Kaffe des Seneferbundes unter Sequestration gestellt worden ist. Gleichzeitig mit der Sperre der Kaffe hat das Gericht verfügt, daß sich der Vorstand des Bundes vorläufig fast jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit zu enthalten hat. Der Sequestrator ist kurz folgender: Der alte Seneferbund, der viele Jahre als Unterhaltungsvereins behandelte, hat, vereint sich vor etwa einem Jahre mit dem Verband der Photographen und Steinbrüder zu einer einheitlichen Organisation, unter dem Namen Deutscher Seneferbund, mit der Wirkung, daß alle Mitglieder des ersten an den Gewerkschaften des letzten teilnehmen. Ein sehr kleiner Teil der alten Mitglieder des Seneferbundes weigerte sich, dies zu tun und den erhöhten Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Einige hundert Mitglieder in Frankfurt a. M. gründeten einen „Reichsbund“ zu dem Zweck, ihr Recht der Nichtzahlung zu schützen, und beschwerten 31 Mitglieder, gegen den Seneferbund eine Klage auf Ungültigkeitsklärung der neuen Satzungen des Bundes einzulegen. Das Landgericht entschied teilweise zu ihren Gunsten, daß die Satzungen, soweit sie die Aufhebung der Zwecke des Bundes auf eine Gewerkschaftsform betreffen, ungültig seien, dagegen seien die Mitglieder im übrigen verpflichtet, den für Unterhaltungsvereine vom Bund festgesetzten Beitrag zu bezahlen. Dieses Urteil, das die gewerkschaftlichen Aufgaben des Bundes mit einem Federzug vernichtet, fand die Bestätigung des Oberlandesgerichts. Es ließ zwar die Gewerkschaftsform bestehen, anerkannte auch die Zahlungspflicht aller Mitglieder für dieselbe, aber es schränkte die Aufgaben der Gewerkschaften in einer mit der Entwicklung und Wirksamkeit des Bundes unvereinbaren Weise ein. Gegen das Urteil ist beim Reichsgericht Revision eingelegt; die Entscheidung des höchsten Gerichtshofs steht noch aus.

Organische Entwicklung oder gewaltsamer Umsturz?

III.
Sehr häufig waren seit Anfang der siebziger Jahre die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage in der Lage, die Partei nachdrücklich verteidigen zu müssen gegen die Unterstellung der „Wüßst des gewalttätigen Umsturzes“. So besonders bei der Beratung des Sozialengesetzes im Jahre 1878 und während der zwölfjährigen Herrschaft dieses Gesetzes, das gegen die vorgebliche „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie sich richtete. In dieser Zeit begann der Anarchismus in Deutschland seine unnütze, teils geradezu verwerfliche, auf die „Propaganda der Tat“ und alles in allem tatsächlich auf den gewalttätigen Umsturz gerichtete Tätigkeit. Er erfuhr nachgewiesenermaßen Förderung durch gewissenlose Polizeipraktiken, die darauf berechnet waren, fanatische Karren zu Gewalttätigen zu machen und anderen Verbrechen anzugleichen. Agents provocateurs trieben ihr niederträchtiges Unwesen in dieser Richtung, um der reaktionären Staatsgewalt Vorwände zu schaffen zur Anhebung der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse. Obwohl entsetzt, verfolgt der Polizeiwille zur Preisgabe und von ihr nicht selten geradezu brutal mißhandelt, unternahm die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Anarchismus, gegen Theorie und Praxis des Gewaltkampfes. Und zwar mit durchschlagendem Erfolg. Ihr allein ist es zu danken, daß die Massen der deutschen Arbeiter nicht der anarchischen Tollheit anheimfielen, daß sie beharrten auf dem Standpunkt des geistigen Kampfes. So hat die Sozialdemokratie das Sozialengesetz überwunden.

Vergebens war dann das Vermögen der Reaktion, im Rahmen der sogenannten „Umsturzvorlage“ ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse zu Lande zu bringen. Auch da wieder vermochten die „Umstürzer“ die Beschuldigung, auf den Gewaltkampf hinzuarbeiten, mit den durchschlagendsten Be-

Mit dieser gerichtlichen Ungültigkeitsklärung eines Teils des von der Generalversammlung beschlossenen Statuts war das Vergehen der 31 Kläger gegen den Seneferbund noch nicht erledigt. Es sollte die völlige Streikleitung der eigenen Organisation hinhinnehmen, und dazu wählten sich diese Rechtsfreunde den Moment aus, wo der Bund gegen das gesamte Unternehmertum des Photographen- und Steinbrüdergewerbes im Streiktrampel stand. Die Unternehmer hatten die Generalversammlung aller dem Seneferbund angehörenden Photographen und Steinbrüder für den 2. Juni verfügt. Bereits waren umfangreiche Ankündigungen sowie Ausperrungen erfolgt, wenn auch nicht in dem von den Unternehmern vorgelegenen Umfang. Ein erheblicher Teil der Arbeiter war wegen ihrer Organisationszugehörigkeit auf Wasser geworfen. Da keilen ihnen die 31 Reichsbundgenossen in den Rücken, indem sie eine gerichtliche Verfügung herbeiführen, wonach das Vermögen des Bundes für die Unterhaltung der Streikenden und Ausgesperrten mit Sequestration belegt wurde. Am 1. Juni sollte die Generalversammlung perfekt werden. Um 1. Juni entfiel das Frankfurter Landgericht auf Antrag der 31 Kläger durch Verfügungsbescheid, daß bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Vorstandsmitgliedern des Seneferbundes unterlag, die Verwaltungsmaßnahmen vorzunehmen, die auf Durchführung der neuen Statuten des Deutschen Seneferbundes gerichtet sind, soweit diese Statuten durch Urteil des erkennenden Gerichts vom 20. Juni 1905 und des Königlich-Oberlandesgerichts vom 18. Februar 1906 für ungültig erklärt sind. Insbesondere wird den Vorstandsmitgliedern bis dahin verboten: 1. Beiträge für die Gewerkschaftskasse einzufordern und Unterhaltungen aus dieser Kasse zu gewähren, soweit es sich um die in obigen Urteilen für ungültig erklärten Beiträge handelt; 2. die Mitglieder, welche den Beitritt zur Gewerkschaftskasse, mit den auf Erzielung günstigerer Löhne- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen ablehnen oder die Zahlung der bezüglichen Beiträge für diese Kasse verweigern oder gegen sonstige durch obige Urteile für ungültig erklärte Satzungen Bestimmungen verstoßen, aus dem Bunde auszuscheiden; 3. das Vermögen des Seneferbundes, insbesondere der Unterhaltungs- und Invalidenkasse, für Unterhaltungen an solche Mitglieder zu verwenden, die infolge der gegenwärtigen Ausstands- und Lohnbewegung arbeitslos geworden sind.

Die beschriebene Wirkung dieses Streikes wird ja nicht eintreten. Ohne Jögern hat der Vorstand des Bundes eine Bekanntmachung an die Mitglieder erlassen, durch die er die Leitung des Kampfes der Berliner Kollegen abtrug. Auch sonst verhielt sich die Sequestration ihnen Bred. Das ehemalige Vermögen des Verbandes der Photographen und Steinbrüder ist nämlich noch nicht in den Besitz des Seneferbundes übergegangen, sondern befindet sich noch in Verfügung einer zum Zwecke der Liquidation eingesetzten Kommission. So daß die gerichtliche Sperre auf daselbe keinen Einfluß ausübt. Allerdings bleibt es auch in Liquidation vorläufig dem Kampf schuldig, aber es bildet eine Sicherheit für die Durchführung der gewerkschaftlichen Bewegung, so daß die letztere ruhig ihren Verlauf nehmen kann. Die für die Durchführung der Kampfes von der Berliner Mitgliedschaft eingesetzte Kommission erläßt folgende Erklärung:

„Um jeder Verwirrung vorzubeugen, erklären wir, daß alle gewerkschaftlichen Unterhaltungen, insbesondere die Streik- und Wohlfahrtsunterstützung, weiter gezahlt werden.“

Es bleibt also beim Kampf! Und nun erst recht! Es gilt jetzt, der außergewöhnlichen Situation gewachsen zu sein. Dazu gehört seitens der Streikenden und Ausgesperrten nichts weiter als Mäße und Besonnenheit und seitens der noch in Beschäftigung stehenden Kollegen weitgehendste Solidarität!

„Evang. sozialer Kongress“ nennt sich die Vereinigung einer Anzahl Herren und Damen, die glauben, die großen Leiden des Volkes durch allerlei kleine Reformchen beseitigen zu können. Zu Anfang dieses Monats hat diese Gesellschaft ihren 17. Kongress in Jena abgehalten, wo wieder die „Führung der Arbeiterfrage“ im Vordergrund stand. Daß der Kongress dies nicht im Sinne der Sozialdemokratie tun will, ist zwar genugsam bekannt. Herr Professor Garnaad glaubte dies in der Begrüßungsansprache noch besonders betonen zu müssen. Nach einem Lobgesang auf den Grafen v. Bismarck, den Herr des Reichskanzlers des Innern, der nach Garnaad „in wahrhaft sozialer Geistes die großen Fragen der Gegenwart“ wägt, hat der Herr Professor zur Verlesung der Sozialdemokratie also an:

„Wir erklären, daß wir uns auch durch die Entwicklung der Sozialdemokratie, namentlich in ihren Ausprägungen der letzten Jahre, durch all das Empfinden, das wir erleben und noch erleben, in unserer sozialen Haltung nicht irre machen lassen. Wir können es wohl begreifen, wenn national und sozial gekannte Männer sich voll Gutes abwenden und kein Wort von neuen sozialen Forderungen für die nächste Zeit mehr hören wollen. Wir begreifen das, aber wir können es nicht billigen. Wir beklagen dies, aber wir vermögen es nicht zu ändern, daß die Sozialdemokratie durch ihre unpatriotischen und negativen Verhältnisse das alte Regime zu ihrem Teile nur gehärtet und eine Situation geschaffen hat, in der den Arbeitern als Gegenüber werden muß, was sie in gemeinsamer Arbeit mit uns erlangen könnten. Aber an diesem Zustand sind lediglich die Schuld, die sich als einzigen Vertreter der arbeitenden Klasse aufspielen müßten.“

Das ist ganz die alte Spitzbubenart, die sich in dem Ausdrucks: „Galt der Dieb!“ Nicht die Sozialdemokratie ist schuld an dem schmerzhaften Fortgang oder gar Mächtigkeits der Sozialpolitik, sondern die Unlust und Unfähigkeit der Regierung und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, einschließlich des „evangelisch-sozialen Kongresses“. Das haben wir uns schon vorhergehenden, wiederum die Verhandlungen dieses Kongresses über den Maximalarbeitsstag deutlich bezeugt. Meiner über diesen Punkt war der Privatdozent Dr. Bernh. Garnaad, der in den letzten Jahren durch eine Abhandlung und Vorträge über Arbeitskammern bekannt geworden ist. Herr Garnaad legte seinem Vortrage drei Thesen zu Grunde, worin u. a. gesagt wird: „Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erwachsenen Männer in hygienisch einwandfreien Betrieben empfiehlt sich nicht.“ Ferner: „Som Staat sei ein allgemeiner Maximalarbeitsstag nicht zu fordern.“ Diese beiden grundlegenden Sätze können auch die schwungvollsten Thesen von der Arbeiterfreundlichkeit nicht überdauern. Das scheint selbst der alte Professor Adolf Wagner verstanden zu haben. Er führte aus, er habe sich nicht völlig überzeugen können, daß nicht auch für den männlichen erwachsenen Arbeiter ein nach Verhältnissen abgestufter Maximalarbeitsstag von Staatswegen eingeführt werden sollte.

* Protokoll, Seite 83 ff.

Sehr deutlich denkt Professor Wagner über die Willkürlichkeit der Regierung, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu erweitern und zu sichern. Noch haben wir kein völlig freies Koalitionsrecht und es ist mir fraglich, ob wir es sobald wirksam erreichen werden. Denn ich kenne den Widerstand großer, besonders rheinischer Industriellen, die sich nicht in Kartellen und Syndikaten übermächtig organisiert haben, aber den Arbeiterorganisationen auf der Höhe widerstehen, und dabei wohl auch die hilflos weinende Billigung in abgebender Höherer Behörden finden. Diesen Neuerungen schloß sich Professor Bernh. Garnaad an, der mit bitterem Sarkasmus bemerkte: „Inzwischen hat man die Entdeckung gemacht, daß eine allseitige Erbe (Bergwerk) rentabler sein kann als eine im Betrieb befindliche, daß es profitabler sein kann, als Waren umzuverpacken, wenn man eine Gesellschaft von Unternehmern gründet, die das Volk knapp hält... Nach 80 Jahren Industriegeschichte hat man schon die epochenmachende Entdeckung gemacht, daß ein ausgeglichener Mensch mehr arbeiten kann als ein müder... Wie soll das enden? Ich weiß es nicht; aber eine Fragestellung ist manchmal fruchtbarer als eine definitive Antwort.“

Schließlich haben drei Punkte festgehalten, in denen sich die billige Übereinstimmung ergeben hat: 1. daß die Verklärung der Arbeitszeit wünschenswert sei, 2. daß sich ein genereller sozialer Maximalarbeitsstag nicht durchführen lasse, 3. daß die Staatsgewalt für verheiratete Frauen zu erstreben sei.

Die sozialdemokratische Zentralfraktion — so schreibt das leitende Organ der nationalliberalen Partei, die allen Seiten unsere Freunde und Genossen aus dem Auslande an und gerichtet haben, und worin sie uns versichern, in gleicher Weise, wie wir, tätig zu sein und arbeiten zu wollen, und daß auch sie die Möglichkeit zu besitzen wünschen, sich auf dem von uns vertretenen Wege betätigen zu können, was ja leider in verschiedenen von ihnen vertretenen Ländern wegen des Fehlens des allgemeinen Wahlrechts noch nicht möglich war.

Einem der Genossen aus dem Auslande, Dr. Abler, Wien, hatte in seiner Begrüßungsansprache gesagt: „Wir wissen, daß Sie das Recht erworben haben, uns den Weg zu weisen; wir wissen, daß Sie der außerordentlichen Verantwortung nicht nur für Sie hier im Lande, sondern für die gesamte internationale Kampfbühne proletarische Partei, sich bewußt sind... Sie hier in Deutschland sind viel mehr der Massenbewegung, vollständige Ausdruck der Bewegung des arbeitenden Volkes überhaupt, als in irgend einem anderen Lande.“

Im Verlaufe der Debatte nahm die Rede ein Anlaß, gegenüber der Berliner Opposition (Werner und Genossen) und ihrer Angriffe auf die parlamentarische Tätigkeit folgendes auszusprechen:

„Es ist nicht eine anarchische Kampfesweise, wenn ich allen Parlamentarismus, die Beteiligung an jeder Tätigkeit auf geschäftlichem Wege für verwerflich erkläre. Was bleibt uns dann noch übrig? ... Der Fraktion vorwerfen, daß sie nicht mit dem Kopfe durch die Wand gerannt ist, heißt, ihr das Zeugnis ausstellen, daß sie vernünftig gehandelt hat. Den letzteren Weg gehen vernünftige Menschen, den ersten gehen Karren. Wir verworfen die rohe Gewalt. Und doch ist unsere Partei eine Partei der Revolution, das haben wir nie geleugnet. Wir wollen die heutige Produktionsform umgestalten; das unterwirft uns von allen übrigen Parteien. Aber in der Anwendung von Gewalt sind uns doch die Gegner über. Was uns unsere Kraft gibt, das ist jene Agitation, die an die Massen appelliert: unsere Kraft will ihnen beweisen, daß wir in vernünftiger Weise nach Macht streben, um unsere Ziele zu erreichen.“

Wir wissen, daß Sie das Recht erworben haben, uns den Weg zu weisen; wir wissen, daß Sie der außerordentlichen Verantwortung nicht nur für Sie hier im Lande, sondern für die gesamte internationale Kampfbühne proletarische Partei, sich bewußt sind... Sie hier in Deutschland sind viel mehr der Massenbewegung, vollständige Ausdruck der Bewegung des arbeitenden Volkes überhaupt, als in irgend einem anderen Lande.“

Gau Lübeck. Der Streik in Rageburg ist mit gutem Erfolg beendet. Am 2. Juni fand auf Veranlassung des Bürgermeisters eine Unterhandlung statt, an der auch der Gauleiter teilnahm. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlage zu Stande. Vom 9. Juni d. J. an steigt der Stundenlohn von 28 auf 40 A., vom 1. Juli d. J. bis zum 31. Dezember 1906 auf 42 A. Dieses Anerbieten wurde dann auch angenommen. Es ist somit in diesem Jahre eine Lohnerhöhung von insgesamt 6 A. pro Stunde eingetreten. Des weiteren erklärten sich die Unternehmer bereit, die zukünftigen Lohnsteigerungen in mündlichen Unterhandlungen unter Hinzuziehung des Gauleiters einzutreten.

In Gärzow haben die Kollegen um eine nochmalige Unterhandlung nachgehakt, die ihnen auch gewährt wurde. Die Unternehmer, wohl in dem Glauben, nun Herr der Situation zu sein, machten denn auch Zugeständnisse, die für die Arbeiter unannehmbar waren. Nicht länger als bis zum 31. Dezember 1911 sollte ein Betrag abgehändigt werden. Die Lohnsteigerung sollte von 1. Januar 1907 pro Jahr 1 A. betragen, so daß im Jahre 1911 der Stundenlohn 50 A. betragen würde. Dieses Angebot hat nun die Zustimmung der Gesamtheit nicht gefunden. Beschlossen wurde, den Unternehmern die Ablehnung mitzuteilen und ihnen anheim zu geben, eine weitere Unterhandlung einzuleiten, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie bessere Zugeständnisse machen.

Im Lohngebiet Dächelsdorf-Al. Verrenten ist der Unternehmer Schmidt in Rastdorf gelockert, weil er sich noch nicht entschließen kann, den mit den anderen Unternehmern vereinbarten Arbeitssatz anzuerkennen.

Gau Stettin. Demmin. Seit dem 14. April wird nun schon der Zug nach hier gemacht, trotzdem reiste am 20. Mai der „Kunstmaler“ Gustav Albrecht aus Schöneberg bei Berlin, Siegfriedstraße 38, zu und schloß mit dem Unternehmer Seltgast einen Afford ab. Seltgast sagt man „Streikbrecher“ zu solchen Herren, aber dieser Mann ist Verbandsmitglied! Um seine Ehre als Verbandsmitglied zu wahren, suchte er hier gleichgültig, ebenso eifrige „Grundstein“-Leser aus und schickte diese am 5. Juni nach Demmin. Trotz aller Warnungen arbeiteten diese bis zum 9. Juni. Ihren Neben nach soll es noch länger dauern. „Demmin ist nur für Maurer gesperrt, für Buzer nicht“, so lautet deren famose Entschuldigungs. G. Albrecht telegraphierte am 9. Juni seinen Kollegen auf deren Anfrage zurück: „Komme für seine Unkosten auf. Mite bleibe ab.“ Ein Buzer ist dann abgereist, drei sind geblieben und wollen die Falsche fertig machen. Ihre Namen sind Emil Ryschewicz, Hermann Säglik und Leo Ryschewicz. Wir bitten alle vernünftigen denkenden Berliner Buzer, auf den genannten Agenten und seine Leute ein nachsames Auge zu haben und uns den Kampf nicht unnötig schwer zu machen.

In Greifswald sollten nach Pfingsten die bisher in Einemünde tätigen Italiener erscheinen. Bis heute ist dies nicht geschehen. Abgereist sind die dort zwar, aber nicht nach hier. Die regelrechte Verteilung des „Vorderen Italien“ hat ihr Gutes bewirkt. Der Kampf verschärft sich. Die Unternehmer wollen den von ihnen gedrohenen Vertrag auf eine längere Frist verlängern. Um uns diesen Aufzwingen zu können, soll aus sechs Maurern und einigen Arbeitern ein „christlicher“ Verband gebildet werden.

In Straßburg haben die Unternehmer 38 Italiener und 40 Streikbrecher-Girle auf dem Halbe. Bei unorganisierten Unternehmern arbeiten 75 unserer Kollegen. Der Arbeitgeberbund will diese Maurer einstellen, weder organisiert noch unorganisiert. Einige wegen Trunksücht entlassene Streikbrecher haben dies bitter genug erfahren. Um den Herren die Freude nicht zu verderben, ist der Zug streng fern zu halten.

Gau Osn. In Emmerl sind circa 150 Italiener als Streikbrecher geknallt. Der Unternehmer Schmidt, der noch ein jugendlicher Mann ist, aber von seinem Vater recht viel geerbt hat, hat sich den Luxus dieser Südräder geleistet. Da die Leute recht konzipierte Moshbauarbeiten ausführen sollen, wird er nicht allzuviel Freude daran haben, aber einweisen kann Herr Schmidt es sich erlauben, denn er hat das nötige Geld dazu. Der Empfang dieser so sehr nützlichen Ausländer gestaltet sich auch hier recht „offiziell“. Der Polizeipostchef, sowie fast sämtliche Schul- und Nachschäfer und Geheimpolizisten waren erschienen, um den Empfang recht festlich zu gestalten. Auch Herr Schmidt und seine Trabanten hatten sich zur Begrüßung eingefunden; nur die streikenden Maurer waren ausgeblieben, denn sie wollten dem Herrn die Freude nicht stören, sie gönnen ihm diese Gesellschaft vielmehr von Herzen. Voraussichtlich wird sich der Abschied nicht so festlich gestalten; denn eins ist heute schon sicher, ein Loch wird auch Herr Schmidt in seinen großen Geldbeutel bekommen, und an dieser Stelle ist auch er empfindlich. Da nun aber die anderen Unternehmer, die auch noch für 100 Maurer Arbeit, aber keinen Sach voll Geld geerbt haben, immer noch keinen Erfolg haben, ist der Streik noch nicht ausichtslos, sondern es wird weiter gekämpft werden. Darum ist es notwendig, daß der Zug weiter ferngehalten wird, denn diese Unternehmer sind, es besonders, die in der Provinz Maurer suchen. Auch in Altschaffenburg, wo eine Schweißfabrik der hiesigen ist, werden Streikbrecher gesucht. Wir machen die Kollegen besonders darauf aufmerksam.

In Braunsberg (Ostpr.) sind die Mitglieder unseres Vereins in eine Lohnbewegung eingetreten. Es ist den Unternehmern die Forderung von 45 A. bei zehnstündiger Arbeitszeit unterbreitet. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Unternehmer sich auf Unterhandlungen einlassen werden, oder ob es zu ersten Differenzen kommen wird. Zweckmäßig ist es, daß die Kollegen in Ostpreußen schon jetzt den Zug nach dort fernhalten.

Gau Magdeburg. In Bernburg ist im Laufe der Woche ein erheblicher Teil der Kollegen abgereist, so daß nur noch 24 Kollegen für die Unterstreichung in Frage kommen.

Die Gardelegener Kollegen fordern 38 A. Stundenlohn. Da die Unternehmer Antwort nicht erteilen, so soll am Mittwoch, den 13. Juni, der Streik erklärt werden.

Die Differenzen in Dessau und Staßfurt bestehen fort. Ob es aber zur Arbeitseinstellung kommt, ist noch sehr fraglich.

In Arneburg (Altmark) rüsten die Kollegen auch zum Kampfe.

Gau Breslau. Der Streik im Lohngebiet Oppeln, der sechs Wochen dauerte, ist am 8. Juni durch Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbebezirksgericht beendet worden. In der Hauptsache wurde eine Lohnerhöhung von 6-7 A. und eine halbtägige Arbeitszeitverlängerung erreicht; auch wurde die Organisation anerkannt. Vorher betrug der Lohn 23-24 A. bei elfstündiger Arbeitszeit; jetzt beträgt der Minimallohn 30 A. bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit. Es hätte entschieden mehr erreicht werden können, wenn nicht die hierorts bestehende hochschollige Fachabteilung in kleinster Weise Streikruß verübt und bei den Verhandlungen um Schwierigkeiten gemacht hätte. Der Erfolg ist auch insofern hoch anzuschlagen, weil Oppeln und seine Umgebung noch immer es bei jeder Lohnbewegung gewesen sind, die reichlich Streikbrecher geliefert haben; hoffentlich und wahrscheinlich wird das jetzt anders werden.

Der Streik in Ostro ist ebenfalls beendet; er endete mit einem vollen Erfolg für uns.

In Breslau ist es leider zu auseinandergehenden Beschüssen bezüglich der Vertragsverlängerung mit den Unternehmern gekommen. Die Zimmerer haben mit 150 gegen 108 Stimmen beschlossen, den Vertragsentwurf mit den Agitationsvorbehalt unverändert anzunehmen. Die Maurer dagegen beschloßen mit 436 gegen 398 Stimmen, den Vertragsentwurf mit den Agitationsvorbehalt abzuweichen. Die Bauarbeiter beschloßen, den Vertragsentwurf anzunehmen, wenn das Wort „Belästigung“ aus der Agitationsklausel herausgebracht würde. Es soll jetzt der Versuch gemacht werden, die Verhandlungen weiterzuführen, um doch noch zu einer Verständigung zu kommen.

Gau Götting. In Baunhausen haben die Kollegen die Geduld verloren. Die Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 A. und die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit statt der elfstündigen wurde von den Unternehmern proßig abgelehnt. Auf eine weitere Anfrage wurde überhaupt keine Antwort erteilt. Darauf gaben nun unsere Kollegen den richtigen Bescheid, sie traten am 28. Mai in den Streik ein, dem sich auch die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter anschlossen. Am 30. legten über 200 Kollegen die Arbeit nieder. Nur beim Obermeister Rupp blieb eine Anzahl stehen; sie wollten den braven Meister nicht im Stich lassen. Das hatten die Bauern Unternehmer nicht erwartet, daß die Kollegen die Courage hätten, zu streiken, denn der größte Teil hatte bis vor kurzer Zeit gleichgültig und interesselos der Arbeiterbewegung gegenübergestanden. Erst in diesem Jahre ist regeres Leben in die Organisation gekommen. Es war aber auch endlich an der Zeit. Wurden doch noch im Anfang des Jahres 29 bis 33 A. Stundenlohn gezahlt. Nur durchjagen die Unternehmer die ganze Gegend, um Erlaß für die Streikenden zu schaffen. Leute, die lange dem Baugewerbe den Rücken gekehrt haben und jetzt als Stellenvermittler und bergleichen tätig sind, werden auch als Maurer eingestuft; allerdings ein teurer Späß. Die Stimmung der Streikenden ist ausgezeichnet. Was vor den Feiertagen abkommen konnte, verständig. Der Rest hat in dieser Woche Baunhausen verlassen. Im Streikbureau war eine solche Nachfrage nach Maurern von auswärtigen Unternehmern, daß gar nicht alle befriedigt werden konnten. Es sind nur noch 20 Streikende da, die Nacht halten. Alle Abreisenden erklärten, nicht eher wieder zu kommen, bis die Unternehmer Zugeständnisse gemacht haben. Im gegenseitigen Lager war eine gebildete Stimmung. Doch am 7. Juni ward auch den Unternehmern eine Freude zu teil. Nach heißem Bemühen, nach mancher Reife und nach vielem Korrespondieren war es gelungen, einige Kaufkreiser zu ergattern. Per Schnellzug trafen sechs Mann von der Dresdener Streikbrecherdelegation ein. Von einer Meisterdeputation wurden sie empfangen und aufs herzlichste begrüßt. Dann ging nach dem Restaurant „Lufatia“, wo die Schutztruppe aus beste bewirtet wurde. Auch ein Schuhmann eilte herbei, damit die Freude ungetrübt bleibe. Die Streikenden suchten diese Auskölligen zu belehren, was aber ohne Erfolg war. Sie sind dem Unternehmer Kreuze zugeweiht worden. Es soll dieselbe Kolonne sein, die erst kürzlich in Neustadt das Kapital bei der Aussperrung beschützt hat. Dort ist man heifrig, daß man die Elemente los ist. Auch die hiesigen Unternehmer haben sich es schon einen hübschen Groschen kosten lassen. Damit haben sie bewiesen, daß sie sehr wohl im Stande wären, die beschriebenen Forderungen zu bewilligen. Vielleicht kommen sie noch zu der Einsicht, wir haben Zeit, es abzuwarten.

Die Lohnbewegung in Zittau und Umgebung wird diesmal mit einer Schärfe geführt, wie es in den früheren Jahren bei weitem nicht der Fall war. Das Unternehmertum benötigt alle erdenklichen Mittel, um Streikbrecher nach der Oberlausitz zu locken. Bis jetzt sind aber alle ihrer Bemühungen unfruchtbar gewesen. Es ist bis jetzt immer noch gelungen, die Zugereisten wieder abzuweisen. Einzelne Baumeister sind fast aus dem Gänsechen. Sie möchten am liebsten das ganze Zittauer Regiment Soldaten mobil machen, um die Streikenden zur Massen zu bringen. Aber es nützt nichts; selbst die Zittauer Stadtheide und auch die Kreis-hauptmannschaft haben es abgelehnt, scharfe Maßnahmen gegen die Streikenden zu treffen. So hatten sich vorige Woche Baumeister Schmidt und Fabrikbesitzer Vetterlein an den Oberbürgermeister mit der Bitte gewandt, die Straße vor dem Fabrikneubau absperrten, da die Streikenden auf den Baum geklettert seien und die „Arbeitswilligen“ belästigt hätten. Der Oberbürgermeister hat diesen Herren nun erwidert, daß es nicht nötig wäre, scharfe Maßnahmen zu treffen, da sich die Streikenden völlig ruhig verhalten hätten und auch vor der Streikstellung die strotzige Warnung an jeden ergangen sei, keine Erzeße zu provozieren. Die Zittauer Polizei leidet volldänig aus. Daraufhin wandte sich Herr Vetterlein an die Kreis-hauptmannschaft und schickte Beschwerde gegen den Oberbürgermeister von Zittau. Er verlangte militärischen Schutz der „Arbeitswilligen“ auf Kosten der Stadt Zittau. Auch hier wurde Herr Vetterlein kalt gestellt; denn die Antwort, die er von der Kreis-hauptmannschaft erhielt, lautete wie folgt: „Polizeibehörde Zittau hat bei telefonischer Beschreibung ausreichenden polizeilichen Schutz in Aussicht gestellt. Für militärische Hilfe zur Zeit noch nicht Anlaß.“ Jetzt ist nur das Maß bei diesen Prozen voll, und vor lauter Mut wissen sie nicht mehr, was sie machen sollen. Man versucht nun mit allen Mitteln, die Streikenden zu Täuschungen zu reizen, damit die Herren Anlaß haben, die Polizei gegen die Streikenden aufzubringen. Aber unsere Kollegen haben mehr Talgefühl als Schmidt und Vetterlein. Durch ihre Vorgehen haben sich diese Herren so blamiert, daß sie von jedermann ausgelacht werden. Die Situation im Auslandsgebiet ist äußerst günstig. Die Kollegen

zeigen überall einen Mut, der das Beste hoffen läßt. Derjenige, der die Bauarbeiter der Oberlausitz vor zehn und fünf Jahren kannte und sich die Verhältnisse heute anschaut, staunt, daß nun endlich einmal das Solidaritätsgefühl unter den Lausitzer Bauarbeitern Platz gegriffen hat. Der Mischand dauert nun fast fünf Wochen. Von den Streikenden in Zittau ist erst einer, in Großhildau zwei und in Meichenau keiner abgegangen. Seit voriger Woche beginnt nun die Abreise und innerhalb 14 Tagen wird sich die Zahl der am Auslande Beteiligten bedeutend verringern, so daß die Zittauer Bauhäusen keine Arbeitskräfte mehr herumlaffen sehen. Einzelnen Unternehmern wird jetzt schon Angst, daß sie haben sich geäußert, daß es doch besser sei, die paar Pfennige zu geben, als erst die besten Arbeiter abreisen zu lassen, denn geben müssen wir es doch, und dann haben wir keine Leute. Für Zittau ist es diesmal der Entscheidungslampf, und das wissen alle. Ein Zutretzrieden der Arbeiter kann nicht gedacht werden; der Kampf wird so lange dauern, bis das gesamte Unternehmertum die Forderungen bewilligen wird, dessen sind wir sicher.

Gau Dresden. Zu der Beendigung des Kampfes im Pirnaer Gebiet wird vom Bauvorstand noch folgendes zur Ergänzung berichtet: Im Vertragsgebiet Pirna wurde am 14. Dezember 1905 bei dem Arbeitsverband angefragt, ob er zwecks Erneuerung des Vertrages mit uns in Unterhandlung treten wolle. Dies wurde zugestimmt. Die Verhandlungen, die bis in den März hinein geführt wurden, brachten keine Einigung, weil die Unternehmer für das größte Gebiet überhaupt nichts zugestehen wollten und uns durch Verhinderung verschiedener Drie nach einem anderen Lohngebiet sogar einen Lohnabzug zumuteten. Der Ausgang des Kampfes ist bereits bekannt. Doch wird es interessieren, wenn wir einen Überblick über das Resultat der Verhandlungen vor und während des Streiks geben. Dazu ist die folgende Tabelle geeignet:

Zeitpunkt des Angebots	Lohngebiete					
	Pirna	Geleitau	Pirna	Bahnen	Geleitau, Bahnhöfe, Schandau, Sebnitz	Preußisch
Ueblicher Lohn 1905.....	40-47	40-45	40-38	35-33	30-30	30-30
Angebot vor dem Streik....	47	45	42	38	35	33
„ nach der 1. Streikwoche ..	47	45	43	39	35	33
„ am 9. Mai 1906.....	47	45	43	39	37	36
„ „ 28. „ „ ..	47	45	43	40	37	36
„ „ 30. „ „ ..	47	47	44	40	37	36
Angebot für 1907:						
Angebot vor dem Streik....	—	—	—	—	—	—
„ nach der 1. Streikwoche ..	49	47	45	40	37	35
„ am 9. Mai 1906.....	49	47	45	40	39	36
„ „ 28. „ „ ..	49	49	46	41	39	38
„ „ 30. „ „ ..	50	50	46	42	40	38
Lohnerhöhung für beide Jahre	7	9	6	4	5	8
Anzahl der beschäftigten Maurer ja.	50	300	30	400	150	75

In Milgeln und Seidenau ist für 1907 die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt.

Wären von vornherein 2 bis 3 Pfennige Lohnerhöhung geboten worden, die in diesem Bezirk schon dadurch angebracht war, weil hier in der Sächsischen Schweiz alles durch die Touristen und Sommerfrischler betrieuert wird, dann wäre dieser hartnäckige Kampf vermieden worden. Milgeln also die Unternehmer 1908 ruhig wieder aussperren, wie sie planen. Dadurch wird, wie Figuren zeigt, die Organisation gestärkt und der Lohn in die Höhe gebracht, so daß sich die sächsischen Kollegen auch etwas besser ernähren können; denn bei eilichen 30 A. Lohn muß der Maurer eine Stunde für das Frühstück, drei Stunden für das Mittagessen, eine Stunde für das Abendessen und zwei Stunden fürs Abendbrot arbeiten, wenn er nur halbwegs seinen Körper ernähren und seine Familie erhalten will. Für den langen Winter, den Kleidung, Heizung und Vergnügen ganz zu schweigen, hat er damit so gut wie nichts übrig.

Der Streik in Freiberg dauert fort. Ein Baumeister, Adhler, hat Anzeige erstattet, weil sich der Bauvorstand erlaubt haben soll, die Maurer aufzufordern, daß sie auch die Arbeit niederlegen sollen. Demnach wüßte der Streik gut, sonst würde man deswegen nicht die Polizei unnötig in Bewegung setzen, denn die Mühe ist wirklich unanständig.

In Rossen sind die Maurer ausgesperrt. Die sogenannte Arbeiter-Unternehmer haben nicht ausgeperrt. Sie wollen lieber die Konventionalkasse bezahlen.

In Großhildau und Königsdorf ist eine wesentliche Veränderung im Stande des Streiks nicht eingetreten, obwohl einige Unternehmer recht notwendig Maurer gebrauchen und alles mögliche versuchen, Erlaß für die Streikenden zu beschaffen; sogar an die Streikenden selbst wagt man sich heran, um dieselben zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Gelungen ist es den Unternehmern aber noch nicht, die Streikenden zu desorganisieren, und es wird ihnen nicht gelingen, ein zweites Pulver zu schaffen. Sogar mit der zehnstündigen Arbeitszeit gehen die Unternehmer jetzt hantieren, hingegen sie sich anfangs außerordentlich sträubten. Die Streikenden sind guten Mutes und werden sich nicht eher zur Aufnahme der Arbeit bewegen lassen, bis man ihren Wünschen Rechnung trägt, zumal von 115 Streikenden 79 vorläufig anderweitig untergebracht sind, zum größten Leidwesen der Unternehmerorganisation, die mit Hilfe schwarzer Risten glaubte, die Streikenden an freiwilliger Arbeit hindern zu können. Was für eine Sorte Maurer unsere Arbeitswilligen mitunter sind, zeigt ein Fall in Großhildau bei Pulsnitz. Dort hatten auf einem Neubau vier Mann als Streikbrecher die Arbeit aufgenommen. Am 29. Mai führte ein Stück des von ihnen gemauerten Gewölbes zusammen, den einen in die Tiefe mit sich reißend, so daß er mit nicht geringen Verletzungen am Kopfe seine Kreistreiferdienste bezahlen mußte.

Gau Leipzig. Der Streik in Zwickau nimmt immer scharfere Formen an. Alle von der Streikleitung angebahnten Einigungsversuche sind an dem hartnäckigen Verhalten

der Unternehmer gescheitert. Das Gewerbegericht wurde mehrfach angerufen, aber jedesmal haben die Prozen vom Baugewerbe dem Vorstehen des Gewerbegerichts erklärt, daß sie auf keinen Fall mit der Streikleitung unterhandeln würden. Was die Unternehmer im Schilde führen, beweist nachstehendes Schreiben, das ein günstiger Wind in die Hände der Streikleitung führte:

Raidau, Datum des Postempfels.

Bei dem seit 23. April hier herrschenden Streik wird von Seiten der Ausständigen durch zwangsweise Entfernung der Arbeitswilligen und jede Fernhaltung von neuen Arbeitskräften derartig hart vorgegangen, daß der unterzeichnete Verband sich genötigt sieht, auch seinerseits energischer Mittel zur Bekämpfung des Streiks anzuwenden. Nur durch den Zusammenschluß aller Arbeitgeber kann der festen Organisation der Arbeitnehmer entgegengetreten werden. In seiner Generalversammlung vom 28. Mai hat deshalb der Verband folgenden einstimmig beschloffen: Die Lieferanten des Baugewerbes für Raidau und Umgegend sollen veranlaßt werden, während der Dauer des Streiks und im Bereiche desselben an alle Baumeister, Bauunternehmer oder sonstigen Ausführer, welche dem unterzeichneten Verband nicht angehören, sowie Bauherren, welche von vorgenannten Bauführern ausführen lassen, ihre sämtlichen Lieferungen sofort einzustellen.

Alle Mitglieder des Verbandes haben sich dagegen verpflichtet, von solchen Lieferanten, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, nur noch laufende Abnahme, neuere Aufträge auch nach Beendigung des Streiks zu unterlassen.

Der Verband hofft, dadurch alle jetzt noch seiltwärts stehenden Arbeitgeber für sich zu gewinnen, um dann besser gegen die organisierten Arbeiterbewegung vorgehen zu können. Sie werden deshalb höchst erzuht, die Bestrebungen unseres Verbandes, dessen Mitglieder sich nachstehend versichern, zu unterstützen und den oben angeführten Aufforderungen gefl. nachkommen zu wollen. Hochachtungsvoll

Der Arbeitgeberverband im Baugewerbe in

Raidau und Umgegend.

Albert Schmidt, a. B. Vorsitzender.

Die Raidauer Maurer haben aber die Pläne der Unternehmer längst durchschaut und sich auf einen langen und schweren Kampf vorbereitet. Eine auf beschworene öffentliche Maurerverammlung legte am 4. Juni im „Wohlfahrtshaus“ die von dem besten Geist befehlte. Nachdem der Vertrauensmann, Kollege G. Bittel, über den gegenwärtigen Stand des Streiks Bericht erstattet hatte, wurde einstimmig beschloffen, im Kampfe auszuhalten, bis die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen.

Zugleich hat sich die Raidauer Polizei behauptet, wieder einmal ins Mittel gelegt und nach bestimmten Mustern zum dritten Male seit dem Bestehen der modernen Arbeiterbewegung — den Streik aus eigener Machtvollkommenheit „aufgelöst“. (Wir berichten darüber an anderer Stelle dieser Nummer. Die Redaktion.) Mit diesem Willkürakt der Polizei beschäftigten sich die Streikenden in einer Versammlung am 7. Juni. Der Vertreter des Bauvorstandes, Kollege Koch-Weißig, führte hierbei einleitend aus, daß es notwendig wäre, alle Vorkommnisse der letzten Tage in Sachen des Streiks recht lebhaft und mit höchstem Eifer zu beurteilen. Das Vorgehen der Polizeibehörde wäre ja dazu angetan, daß man in eine gewisse Erregung käme. Er habe sich aber mit der Verfügung der Polizei beschäftigt, sei es notwendig, daß man sich erst klar werde, was zu tun sei, bevor nichts gerechtfertigter Verfügung gefolgt habe. Der gegenwärtige Streik dauere nun die sechste Woche, immer ist es den Unternehmern noch nicht gelungen, Erlaß für die Streikenden herbeizuschaffen. Da nun die Arbeitsniederlegung bei Beginn des Streiks gut war und die weitere Entwicklung des Streiks die Positionen der Streikenden nicht verschlechterte, so ist auch die beabsichtigte Wirkung nicht ausgeblieben. Die Zwangslage der Unternehmer hat sie in der Wahl ihrer Mittel, die Gefallenforderung abzugeben, gerade nicht wähliger gemacht. Alle Mittel sind ihnen recht. Daß die Unternehmer dabei die Grenze des Erlaubten überschreiten, war ja zu erwarten. Quersucht wurde man es, wie so oft, mit den schwarzen Listen. Lieber eine Verurteilung nach § 283 des Strafgesetzbuches sehen sich die Unternehmer ruhig hin. Als auch dieses Mittel nicht den gewünschten Erfolg brachte, gestaltete sich die Situation für die Unternehmer immer schlechter. Kein Zug, und von den bösen Streikenden wollte auch keiner zu den gestillten Fleißlösen zurückkehren.

Daß man infolgedessen nach einem anderen Mittel greift, war klar. Daß sich aber die Unternehmer zu dem terroristischen, aber auch strafbaren Mittel der Gefährdung (des Vortritts) beiseite wendeten, hätte niemand erwartet. (Das ist aber doch gar nichts Neues mehr. Die Redaktion.) Nach dem Verhalten der Unternehmer erweist es den Anschein, als gäbe es zwei Strafgesetzbücher, eins für die Unternehmer und eins für die Arbeiter. Der § 283 des Strafgesetzbuches bestraft, daß derjenige, der in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorläufigen Schaden zufügt, diesem zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist. Das stimmt mit der Herren Unternehmern nicht. Die Unternehmer verlangen laut Generalversammlungsbefehl vom 28. Mai, daß die Lieferanten des Baugewerbes für Raidau und Umgegend veranlaßt werden, während der Dauer des Streiks und im Bereiche desselben allen Baumeistern, Bauunternehmern oder sonstigen Ausführer, welche dem unterzeichneten Verband nicht angehören, sowie Bauherren, die von vorgenannten Bauführern ausführen lassen, sämtliche Lieferungen sofort zu entziehen. Alle Mitglieder des Verbandes haben sich dagegen verpflichtet, von solchen Lieferanten, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, nur noch laufende Abnahme, neuere Aufträge auch nach Beendigung des Streiks zu unterlassen.

Weder behauptet, würden sich die Streikenden solcher Mittel bedienen, zu wahren Anlagen und harte Bestrafungen nicht ausbleiben. Aber bei den Unternehmern? Na, Wauer, das ist etwas ganz anderes. Daß auch dieses Mittel nicht zum Ziele führte, läßt sich aus den weiteren

Dingen beobachten. Große Hoffnungen hatten die Unternehmer auf den Zug von „Arbeitswilligen“ am dritten Pfingstfeiertag gesetzt. Da aber auch dies nicht in Erfüllung ging, verschlechterte sich die Lage der Unternehmer derart, daß ihre Kapitulation nahe bevorstand. Nunmehr trat als Helfer in der Not die Raidauer Polizei auf den Plan und erließ die bekannte Verfügung.

Weder empfiehlt den Streikenden, diese Verfügung so lange unbeachtet zu lassen, bis die Polizeibehörde die Gefährdungsparagrafen, worauf sie sich in ihrer ganz unverständlichen Verfügung stützt, gefunden und der Streikleitung mitgeteilt hat. Da nun nach Ansicht der Wahlfahrtskommission die Streikleitung aufgelöst ist, beauftragte Kollege Koch als Vertreter des Maurerverbandes den Kollegen Bittel mit der weiteren Führung der Geschäfte. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell, nun erst recht zusammenzuhalten und einig zu bleiben, bis die Maurerschaft von Raidau erklärt, daß der Streik zu Ende ist, wir haben unsere Forderung durchgebracht. Rangamthalender Beifall wurde dem Referenten von der gut besuchten Versammlung zu Teil.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß, wenn Herr Stadtrat Wille die Stimmung und Laune der Maurer kennen lernen wolle, dann möge er selbst in die Versammlung kommen, wie es sein Amtsvorgänger im Jahre 1899 getan habe. Im übrigen wäre ihm zu empfehlen, seinen wahlfähigen Polizeigenossen Eifer bei Revisionen der Bauten, Nachhaken, Schaffstellen usw. an den Tag zu legen. Die Maurer haben zu ihm kein Vertrauen, sondern nur zu ihrer gewählten Kommission. Ein Redner kam auf den § 152 der Gewerbeordnung zu sprechen, der durch die Verfügung des Stadtrats keine Gültigkeit verloren habe.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Koch erfolgte die Abstimmung über die Fortführung des Streiks. Einstimmig beschloffen die Maurer, im Kampfe auszuharren. Herr Stadtrat Wille mag daraus ersehen, daß die Maurer das Recht, über die Beendigung des Streiks zu bestimmen, für sich allein in Anspruch nehmen. Die Anwesenden nahmen sodann noch Kenntnis von dem Wahlen des streikenden Kollegen Gerner. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Die Unternehmer in Döbeln haben nur die Aussperrung auf alle in ihrem Bezirk arbeitenden Maurer ausgeübt, in Frage kommen dabei die Orte Dahlen, Gaidichen und Döbeln. Von der Aussperrung blieben ungefähr 150 Kollegen betroffen.

In Schneberg sind die Kollegen in den portierten Streik eingetreten. Die Arbeit ist von 81 Kollegen bei zwei Unternehmern niedergelegt.

In Würzen hatte sich eine Sperre über die Neubauten auf dem Mittergut 114/115 nötig gemacht, weil dieselbe die dort beschäftigten Maurer veranlaßt wolle, ebenso wie ihre Gutsarbeiter zu schiffen. Nachdem die Sperre circa eine Woche gedauert hatte, hat sich dann der feindliche Herr mit der neumeinhaltlichen Arbeitszeit ausgesöhnt.

In Leipzig sind die Nachzügler am 8. Juni in den Streik eingetreten. Es kommen nur wenig Kollegen in Betracht, von denen die meisten bereits anderweitig entweder zu den neuen Bedingungen oder als Maurer arbeiten.

In Saxta hat der Unternehmer Höbner am 2. Juni seine Maurer ausgesperrt. Es war dies der einzige Unternehmer, der organisierte Maurer beschäftigte. Es sind noch zwei Unternehmern am Orte, diese haben aber zu zufriedenen Arbeiter, das ist keiner für nötig hält, sich dem Verbands anzuschließen. Sie waren ruhig, bis ihnen ihr „Arbeitgeber“ aus Gnade und Barmherzigkeit 1 1/2 pro Stunde zulegte. Am Sonntag vor Pfingsten erfolgte durch Höbner eine „Auslieferung“ des Lohnes von 31 1/4 auf 32 und 33 1/4 pro Stunde. Es wurde jedem einzelnen gesagt, daß er sich im Verbands abmelden sollte, andernfalls könne er am dritten Feiertage nicht wieder anfangen. Nun, Kollegen, so lange sich der Baumeister Höbner nicht im Arbeitsverband abmeldet, habt Ihr keine Veranlassung, Euch im Maurerverband abzumelden. Beider haben sich zwei Kollegen durch die paar Pfennige Wern lassen. Sie haben aus Angst um den Verlust ihres Postens dem Verbands den Rücken gekehrt, indem sie erklärten, wir haben nun den Lohn, den wir verlangt haben und lassen uns nicht aufsperrern. Alle anderen Kollegen beschloffen einstimmig, den Kampf, der ihnen aufgegeben ward, aufzunehmen.

Von Erfurt. Wie bereits berichtet, hatten die Maurer von Suhl und Umgegend Forderungen gestellt, dahingehend, daß die Löhne im Durchschnitt um 8 1/2 erhöht und ein Mindestlohn für Altgefellern von 88 1/2 gezahlt werden soll. Wer aber glaubte, die Unternehmer hätten diese selbstverständliche Forderung bewilligt, der irrt sich gewaltig. Sich auf den „Herrenstandpunkt“ stellend, waren die Unternehmer der Ansicht, daß sie vom Maurerverband keine Vorschriften annehmen brauchten. Sie sehen nicht ein, daß die bisher gezahlten Löhne wahre Hungerlöhne sind. Sie glauben, es würde bei der Forderung bleiben, wenn nicht bewilligt würde, würden die Maurer wieder zu Kreuze kriegen und um Arbeit betteln. Doch diesmal sollten sie sich irren; am 23. Mai trat ein großer Teil der Kollegen in den Streik ein, und als gleich in der ersten Woche zwei Meister bewilligten, folgte von den anderen Meistern ein weiterer Teil ihren Kollegen nach. Nur noch ein geringer Teil ist unwillig und glaubt, auf der Unternehmer Seite bauen zu können. Doch auch diese werden noch im Laufe der Bewegung zur Einsicht kommen. Das Verhalten des Meisters Kopf müssen wir besonders erwähnen. Kopf, ein Gemeinheitsmann durch und durch, hat die liebliche Gewohnheit, seine Leute mit Oesen und anderen interessanten Tieren zu vergleichen. Dieser Höflichkeit werden die Arbeiter gern gedenken. Und wenn dieser Herr nun damit droht, in Zukunft nur noch ausländische Maurer zu beschäftigen, so wird auch dafür gesorgt werden, daß seine Wäune nicht in den Himmel wachsen. Den Kollegen aber, die unserer Bewegung noch fern stehen, machen wir es zur moralischen Pflicht, sich unserer Bewegung anzuschließen, dann wird der Sieg für uns nicht ausbleiben.

Die Sperre über das Baugeschäft von Wagnert in Eisenach ist beendet. Er hat den allgemeinen Vertrag anerkannt und sich verpflichtet, keine Bauten als Zwischenunternehmer auszuführen. Ebenso hat er die Maß-

rend der Baupolizei bei ihm beschäftigten Maurer einlassen.

Ueber den Streik in Gotha wird berichtet, daß eine Aenderung nicht eingetreten ist. Sämtliche Kollegen haben die Arbeit niedergelegt und sind auf fest entschlossen, ihre gerechte Forderung durchzuführen. Arbeitswillige sind bis jetzt noch nicht eingetroffen. Die Unternehmer geben sich jedoch alle Mühe, solche heranzuziehen. Aus der Nachbarschaft können sie keine bekommen, weil die Kollegen alle organisiert sind. Die schwarzen Listen spielen auch hier eine Hauptrolle; 2800 Stiid sind gedruckt und verteilt worden, das weiteren haben sich die hiesigen Metzger, Fleischer und Materialhändler mit den Unternehmern solidarisch erklärt, indem sie kein Material an die Unternehmer verabreichen, bis die Forderung bewilligen. Die hiesigen Unternehmer haben seit 1898 einige Pfennige am Lohn zugelegt, aber niemals ließen sie sich herbei, die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festzusetzen. Auch jetzt haben sie vor dem Streik 2 1/2 zugelegt, sie dachten, daß damit die Lohnbewegung abgeschlossen sei. Die hiesigen Maurer waren jedoch anderer Meinung, sie gingen von dem Standpunkt aus, daß es endlich an der Zeit sei, mitzuentscheiden, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden sollen. Die Kollegen fordern 45 1/4. Vor dem Streik war der Lohn 42 1/4. Jeder redigende Mensch muß anerkennen, daß die Forderung gerecht ist. Insgesamt sind in den Streik eingetreten 26 Poliere und 236 Gefellen, stehen geblieben ist keiner. Es arbeiten nur 51 Lehrlinge und 4 Sandlanger.

Der Streik in G. H. 1014 ist beendet. Die Kollegen erledigten eine Zulage von 24 1/4 pro Stunde, so daß der Lohn, der vorher 2.50 pro Tag betrug, nun 27 1/4 pro Tag beträgt. Die zehnjährige Arbeitszeit bestand schon. Notwendig wird es sein, daß die Kollegen ihre junge Organisation weiter ausbauen, damit das, was in diesem Jahre nicht erreicht wurde, im nächsten Jahr ohne Kampf erreicht wird.

In G. H. 1014 ist der Kampf ebenfalls zu Gunsten der Kollegen beendet. Der Erfolg ist 4 bis 5 1/4 Lohnsteigerung pro Stunde.

In G. H. 1014 haben es zum Kampf kommen, wenn die Unternehmer kein anderes Angebot machen. Statt Minimallohn bieten die Herren Höchstlohn an, so daß dadurch kein Lohnsteigerung, sondern eine Verschlechterung eintreten würde. Bis zum 11. Juni keine Einigung zu Lande kommt, so werden die Kollegen wohl die Kündigung einreichen. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten.

In Sonneberg haben die Kollegen am 10. Juni beschloffen, in die Lohnbewegung einzutreten und einen Lohn von 42 1/4 für Gefellen und 87 resp. 89 1/4 für Junggefellern zu fordern. Am 1. Juli soll die Lohnsteigerung eintreten.

Von Nürnberg. In Wahrenth hat sich in der Situation des Streiks in den letzten 14 Tagen nicht das mindeste geändert; unsere Kollegen sowie auch die Bauhilfsarbeiter und Zimmerer stehen noch so einmütig im Kampfe wie am ersten Tag. Auch die Unternehmer setzen noch auf dem Standpunkt, mit den Arbeitern nicht zu unterhandeln, geschweige eine Lohnsteigerung einzutreten zu lassen. In der letzten Woche wurde von der Seite der Unternehmern das Gewerbegericht das Gesuch gerichtet, für den Frieden im Baugewerbe Sorge tragen zu wollen; es wurden darauf die Kommissionsmitglieder der Arbeiter gerufen und befragt, ob sie zu einer Unterhandlung bereit wären, was selbstverständlich bejaht wurde. Bei den Unternehmern ließ es der Gutmüt nicht zu, gleichfalls Ja zu sagen. Sie erklärten vielmehr, eine Unterhandlung nicht nötig zu haben. Aber die Arbeiter müssen doch selber denken, denn die Unternehmer haben ihr ganzes Kontorpersonal auf die Wachen gestellt, das nun zum Teil Maurer- und Handlangerarbeiten ausführen muß; auch die Polizei mußten samt und sonderb wieder zu Hammer und Kelle greifen. Eine besonders Freude an dem Streik der Maurer haben aber die Lehrlinge, denn jetzt werden sie auch mit zum Wauern herangezogen, was in gewöhnlichen Zeiten nicht der Fall ist, wo die Lehrlinge Ersatz für Hilfsarbeiter stellen müssen. Wenn sie drei Jahre gelernt haben, sind sie aber gute und für den Unternehmer gewinnbringende Meisterträger, haben aber vom Maurerstand keinen Dunst, und dann erklären die Herren Unternehmer, daß ihre Maurer nicht verstanden, und daß deshalb ein höherer Lohn nicht gewährt werden könne. Wenn aber die Herren auf ihrem ablenkenden Standpunkt weiter beharren wollen, so werden wir ihnen ebenso wie im vorigen Jahre auch jetzt und auch in den nächsten Jahren den Gewinn abjagen.

In Hof a. d. Saale ist in der letzten Woche eine Aenderung infolge eingetreten, als es den Vorstehen des Arbeitgeberverbandes gelungen ist, eine Karle H. liener von 41 Mann herbeizulassen, wobei sich 17 Maurer befinden. Die übrigen sind Hilfsarbeiter und zwei Lehrlinge. Wie wir von einem Magistratsbeamten erfahren, hat diese Gesellschaft bisher in Königberg Streikbrecherdienste verrichtet haben und vom Arbeitgeberverband nach Hof verkauft sein. Während der Pfingstfeiertage wurde auf der Baustelle eine Parade gefeiert, in der die Gesellschaft unter polizeilichen Schutz untergebracht ist. Der Herrenstandpunkt der Unternehmer wird durch das Verhalten des Herrn Bürgermeisters unserer Stadt in unerwartlicher Weise gestärkt, denn dieser erklärte, daß der große Schulhausneubau, wo 73 Maurer beschäftigt waren, ruhig fünf Monate liegen bleiben könne, was doch einer indirekten Aufforderung, den Arbeitern nichts zu bewilligen, gleichkommt. Auch die Interessen der Stadtgemeinde sind damit gefährdet, weshalb sich eine Volksversammlung mit dieser Angelegenheit befaßte, in der eine diesbezügliche Resolution gefaßt und an den Magistrat gesandt wurde, der aber erst nach drei Wochen zu einer Antwort kam. Um die Antwort des Magistrats verständlich zu machen, sei noch bemerkt, daß er durch und durch vom Bürgermeister bis zum Ratsherrn liberal ist. Die Antwort lautet:

1. Die in der Resolution niedergelegte Aufforderung des Bürgermeisters bezieht auf einer in Bekanntmachung am Dienstag gefessenen Unterhaltung, die sich in der Hauptsache noch falsch wiedergegeben und hat überdies wieder den Magistrat noch für Arbeitgeber und Arbeiter irgend welche rechtsverbindliche Bedeutung. 2. In dem beim Schulhausbau an der Eßlerstraße stehenden Arbeiter und Arbeitnehmer entzündenden Differenzen, die seitens der Arbeitnehmer durch vorzeitiges Niederlegen der Arbeit hervorgerufen wurden, erklärt der Stadtmagistrat eine von längerem gerade mit Bezug auf den Schulhausneubau vorbereitete Maßnahme der Sozialdemokratie, die

zu unterstützen der Stadtmagistrat weder Lust, noch den Versuch dazu in sich faßt. 3. Deshalb schon lehnt der Stadtmagistrat den Antrag auf Übernahme des Schulhausbaues auf eigene Regie ganz entschieden ab, und das um so mehr, als ein solches Vorgehen für die Stadtgemeinde das die schwersten finanziellen Nachteile im Gefolge hätte, aber deren Tragweite die Antragsteller sich wohlweislich und absichtlich auszuweichen haben. 4. Der Vorschlag der Direktion des städtischen Gaswerkes, bezüglich der Abweisung von Arbeitern, von denen von vornherein schon bekannt war, daß sie nur Unfrieden und Differenzen an der Baustelle hervorgerufen würden, kann der Magistrat nur billigen und demnach auch in dieser Beziehung dem gestellten Antrag eine Folge nicht zu geben. 5. Was die Frage anbelangt, wer im gegebenen Fall „das Feuer“ geblasen hat, steht im Gegensatz zu dem, was überläßt der Stadtmagistrat die Verantwortung derselben ruhig der Beurteilung der sachlich und einseitig dendenkenden Einwohnerschaft, und wird in dieser Beziehung lediglich auf die verschiedenen Artikel der sozialdemokratischen Presse und Ausführungen in den sozialdemokratischen Versammlungen verweisen, aus denen jeder unseiner erfahren wird, auf welcher Seite das Unrecht ist. Im übrigen möge die Sozialdemokratie, die anderen Reuten gegebenen Ratsschlüsse und Ermahnungen hübsch für sich behalten und beachten, dann werden derartige Differenzen, wie die jetzt vorliegenden, leicht beseitigt werden können. — Persönlich bemerkte Herr Bürgermeister Trauerung noch dazu, daß er auf die Antwort des Gaswerkes bis dato gewartet, die zur Zeit noch ausstehe. Im übrigen fühle er durchaus keine Verpflichtung, der Sozialdemokratie auf irgend eine Anfrage zu antworten. Er lehne dieses jedwede ganz entschieden ab.

Eine Kritik an den Beschluß des Hohen Stadtmagistrats, der schon seines Deutlichkeit wegen das Interesse wachruft, zu knüpfen, würde seine Bedeutung nur abschwächen und wäre Raumverwendung unseres Raumes. Bemerkte sei nur noch, daß am Schulhausneubau die Arbeiter ausgesetzt wurden, weil sie die wenige Tage vorher eingeführte zehnstündige Arbeitszeit nicht wieder gegen eine elfstündige eintauschten wollten. Wie nun jetzt die Erfahrung lehrt, scheint der Herr Bürgermeister und Herr Breders den Mund doch recht voll genommen zu haben; denn schon jetzt werden mit vielen Unkosten Streikbrecher für den Schulhausneubau angeworben, obgleich er doch erst einen Monat und noch keine fünf stillsteht. Aber auch die 17 italienischen Mauerer werden die 78 Mauerer, die vorher auf dem Bau beschäftigt waren, nicht ersetzen können. Wir haben gleich am ersten Tage die Wahrnehmung gemacht, daß, wenn Herr Breders von jeder solche Mauerer gehabt hätte, sein Korpus einen solchen Umfang nicht hätte annehmen können. Diese großartige Arbeitsleistung wird wohl auch den drei Bauunternehmern das Vertrauen der Baustelle verlieren, aber um so mehr Zuschauer belagern sie tagtäglich.

In Regensburg ist der Stand des Streiks nach wie vor sehr günstig. In ganz Regensburg wurden in der letzten Woche nur acht Arbeitsschiffe neben einigen Bekehrungen und Fortritten, die jetzt wieder zu Hammer und Säge greifen mußten, an der Arbeit gefunden. Die Arbeiter drängen zwar sehr, aber trotzdem haben die Unternehmer bisher keine Zugeständnisse gemacht. So beschäftigt z. B. der Hausbauverein des Eisenbahnverbandes, einen größeren Komplex mit Arbeiterwohnhäusern zu bebauen, ihm wurde aber von einem Unternehmer geraten, zu warten, bis die Lohnbewegung der Mauerer vorüber sei, da er andernfalls für die Bauten 10 000 mehr fordern müßte. Der Vorstand des Vereins ließ sich auf dieseinfließen und wartete jetzt nur es ihm aber doch sehr, da einige der Bauten bis zum Herbst bezogen werden sollten.

Im Lohngebiet Nürnberg führt der Vertrag am 1. Juli ab, weshalb den Unternehmern eine neue Forderung unterbreitet wurde. Neben anderen Forderungen wird die neunstündige Arbeitszeit sowie ein Lohn von 60 $\frac{1}{2}$ für Mauerer, 65 für Steinbauer und 70 $\frac{1}{2}$ für Profilarbeiter verlangt. In Nürnberg machte sich in der letzten Woche auch eine Bauperrone wegen Maßregelung einiger Kollegen nötig, die mit einem Siege endete. Die Bauperrone Scheller ist gegenstandslos geworden, da Scheller zur Zeit keine Arbeiten mehr hat; es ist auch sehr fraglich, ob Scheller jemals wieder in die Lage kommen wird, Mauerer zu beschäftigen.

Auch in Burgfarnbach, einem Vorort von Fürth, haben unsere Kollegen eine Forderung an die Unternehmer gestellt, in der gleicher Lohn und dieselbe Arbeitszeit verlangt wird, wie sie in Fürth zur Zeit üblich ist. Eine Antwort haben die Unternehmer bisher nicht gegeben.

In Erlangen haben in den letzten beiden Wochen Unterhandlungen stattgefunden, wobei die am 9. d. M. stattgefundene zu einer Einigung führte. Einen vollen Sieg konnten wir zwar nicht erreichen, da die Zahl der Streikbrecher zu groß geworden war und recht drängende Arbeiten nicht vorhanden sind. Der Mindestlohn der Mauerer wird sofort von 40 auf 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht, am 16. August auf 44 $\frac{1}{2}$ und am 1. Januar 1907 auf 46 $\frac{1}{2}$. Der Lohn der Steinbauer und Mauerer, der zur Zeit 46 bezog 49 $\frac{1}{2}$ pro Stunde beträgt, wird in der gleichen Weise erhöht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte nicht erreicht werden. Für Überstunden werden 20 pSt. für Nacht-, Feuerungs- und Maschinenarbeiten 35 pSt. und für Sonntagsarbeit 100 pSt. Rohzuschlag gewährt. Alles in allem wurde seit anderthalb Jahren der Lohn unserer Kollegen in Erlangen um 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht, was immerhin ein schöner Erfolg ist.

In Würzburg haben in den letzten Wochen wiederholt Versprechungen und Unterhandlungen stattgefunden, von denen aber keine zu einer Einigung führte. Dem größten Teil der Unternehmer geht das Wasser bereits schon bis an den Hals, aber da die kapitalistischen Herren das Mauerer führen, so wurden alle Vorschläge, die von uns gemacht wurden, gütlich abgewiesen. Auch das sonstige Verhalten der Unternehmer ist seiner Verdrängung günstig; in jeder Unterhandlung kommen sie mit anderen Anträgen. Was in der einen Unterhandlung angenommen wird, lehnen sie in der anderen wieder ab. Der Stand des Streiks ist für uns sehr günstig, da es uns in der letzten Woche gelungen ist, noch eine Anzahl bisheriger Arbeitswilliger für uns zu gewinnen. Zwei Unternehmer bewilligten unsere Forderung, wiewohl sie auch dem Arbeitgeberverbande an-

gehörten. Während der Pfingstfeiertage suchten die Unternehmer in der nähen und weiteren Umgebung Streikbrecher, konnten aber nirgend solche bekommen. Je-sonstsch schließlich sollen die Herren in Nürnberg aufgenommen worden sein; neben anderen Unannehmlichkeiten soll auf unaufgeklärte Weise die Straße, in der sie fuhr, in den Straßengraben „gefallen“ sein, so daß die Mauerer gegen den Himmel flanden. Die betreffenden Herren gelobten, als sie nach Hause kamen, niemals wieder nach Nürnberg auf die Suche nach Streikbrecher zu gehen oder zu fahren.

Nachträglich erfahren wir noch durch die bürgerliche Presse, daß am 8. Juni in Ditzelsdorf 130 Mauerer die Arbeit eingestellt haben sollen. Da von uns dort keine Organisation besteht, sondern höchstens einige Kollegen vom Zweigverein Schopfloch-Ermühle dort beschäftigt sein werden, dürfte es sich wohl um einen sogenannten wilden Streik handeln.

Gau Stuttgart. In Ulm wird der Kampf von beiden Seiten hartnäckig geführt. Die Unternehmer sind fortwährend auf der Suche nach Arbeitswilligen, glücklicherweise vergebens. Ebenso wird von diesen Herren eine eifrig Agitation auf dem Lande entfaltet, um die dort untergeordneten Gesellen wieder aus der Arbeit zu bringen. Ja, sie stellen sogar Kosten bei Nacht aus. Zu welchem Zweck wohl? Sollten sie kein gutes Gewissen haben? Die Situation ist für uns günstig; von den Streikenden sind nur noch 89 zu unterstützen, abgereist sind 224. Arbeitsgelegenheit ist genügend vorhanden. Vorige Woche Streikgehornte sind: Pfuhl, Oberöschingen und Wühl. Bewilligt haben sich jetzt zwei Unternehmer, die 30 Mauerer beschäftigen. Die in der Umgebung wohnenden Kollegen werden ersucht, den Zugzug so lange fernzuhalten, bis der Streik zu Gunsten der Mauerer beendet ist.

Gau Mannheim. Dienstag, den 5. Juni, wurde in hart befeuchtter Versammlung für das Saargebiet einstimmig der Streik beschlossen. Die harte Versammlung und der einstimmige Beschluß bewiesen, daß sich die Dinge im Saargebiet zu unseren Gunsten geändert haben. Selbst der härteste Terror der Unternehmer hat nicht vermocht, die Arbeiter von der Organisation und damit von der Vertretung ihrer Interessen abzubringen. Auch die Arbeitsminderlegung erfolgte sehr ehmütig. Dies hat natürlich seinen Einbruch auch auf die Schachmader nicht verfehlt. Während sie uns vorher einer Antwort nicht würdigten, ließen sie am Dienstag in Zeitungsbereichen bereits durchblicken, daß sie nicht abgeneigt wären, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Auf eine telefonische Anfrage beim Vorliegenden des Arbeitgeberverbandes wurde bestätigt, daß sie dazu bereit seien. Und so fanden bereits am Dienstag Abend 7 Uhr, Unterhandlungen statt. Unterseits nahmen die Kollegen Horter und Schräck, von den christlichen Kollegen Brendel daran teil. Die Verhandlungen dauerten zweieinhalb Stunden. Ein Resultat konnte nicht erzielt werden. Es zeigte sich bei den Verhandlungen sehr deutlich, wie rückständig in allen Arbeiterfragen die saarabischen Unternehmer sind. Unterseits wurden die Forderungen eingehend und sachlich begründet. Die Unternehmer waren wohl sehr höflich und brachten viel schöne Worte, doch zu irgend welchen Taten konnten sie sich nicht entschließen. Mit der zehnstündigen Arbeitszeit erklärten sie sich im Prinzip einverstanden, wer jedoch länger arbeiten wolle, der solle das tun können. Bezüglich des Lohnes wies die Herren befehligte Anhänger des Minimallohnes. Einen Tarif wollten sie nicht, da sie angeblich keine Gewähr hätten, daß er von den Mauerern gehalten würde. Unterhandlungen mit sogenannten Lohnkommissionen wollten sie ebenfalls nicht, dafür schwärmten sie für „Geldauszahlungen“, mit diesen wollten sie die Lohnfrage regeln. Auch durch die ernsthaftesten Vorhaltungen waren die Herren nicht zu bewegen, irgend welche Zugeständnisse zu machen, so daß man nach zweieinhalbstündiger Verhandlung resultatlos auseinandergehen mußte. Der Streik steht jetzt günstig. Vor dem Streik wurden 92 Pollere und 770 Mauerer gezählt. Nach genauer Kontrolle arbeiteten Donnerstag, den 7. Juni, 60 Pollere und 65 Mauerer. Sonach sind am Streik beteiligt 42 Pollere und 716 Mauerer. Davon arbeiten bereits 55 zu neuen Bedingungen, 649 sind abgereist und 111 stehen noch im Streik. Es waren bereits viele Unternehmer von außerhalb auf dem Streikbureau, um sich Mauerer zu holen. Von den Streikenden dürfte die Hälfte im Laufe der Woche noch untergebracht werden. Sonach wird den Unternehmern im Saargebiet wohl nichts anderes übrig bleiben, als einen ehmütigen Frieden zu schließen. An die abgereisten Kollegen ergreift die dringende Mahnung, brauchen auszu-harren, wenn dies geschieht, so ist uns der Sieg sicher.

Ein schwerer Konflikt ist in Forchheim ausgebrochen. Das ganze Jahr hindurch haben unsere Kollegen über den Unternehmern Räder Beschwerde geführt. Zuerst versuchte Räder die elfstündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Durch Beschluß der Schlichtungskommission wurde dies verhindert. Dann warf Räder die beiden italienischen Vertrauensmänner hinaus. Die Vorstellungen hiergegen blieben fruchtlos. Nun hat Räder 16 organisierte Mauerer und 20 organisierte Tagelöhner auf die Straße geworfen. Darunter waren auch unsere Baubelohnten. Vorher hatte Räder bereits gedroht, er werde alle Mauerer hinauswerfen. Hinterher ließ es dann, die Entlassung sei aus Arbeitsmangel erfolgt. Damit nimmt jedoch Räder sehr über, daß Räder zwei Kolonnen Mauerer angeworben und trotz angeblichen Arbeitsmangels eingestellt hat. Die Einstellung dieser Kolonnen ist auch noch nach einer anderen Seite interessant. In Forchheim darf nicht im Afford gearbeitet werden. Räder hat jedoch mit den beiden Parteiführern einen vollständigen Vorvertrag abgeschlossen und dadurch unseren Vertrag vollständig auf die Seite geschoben und durchbrochen. Die Entlassung der 36 Mann konnte nach all dem Vorgekommenen nichts anderes als eine Maßregelung sein. So haben es auch unsere Kollegen an. Sie wählten deshalb eine Kommission, die wegen Wiedereinstellung vorstellig wurde. Zugleich wurde auch die Entlassung des Pollers Wölz gefordert. Dieser hatte die Reute fortgesetzt schikaniert und trug wohl den größten Teil Schuld mit an der Entlassung. Räder erklärte der Kommission, wer einmal entlassen sei, komme nicht wieder hinein, und bezüglich des Pollers denke er garnicht an eine Entlassung. Darauf ist dann die Sperre über den Unternehmer verhängt worden. Nun erhob sich jedoch ein großer Entrüstungssturm. Statt den Räder zu veranlassen, seine fortgesetzten Vertragsbrüche zu unterlassen, drohte der Arbeitgeberverband die Aussperrung an, wenn die Sperre bis

Montag, den 11. Juni nicht aufgehoben werde. Ob es möglich sein wird, die Aussperrung im letzten Moment zu verhindern, ist recht fraglich.

Der Streik in Schwelm ist trotz seiner bereits zehnstündigen Dauer noch sehr gut. Die Mut einzelner Unternehmer kennt deshalb keine Grenzen mehr. Unser Vertrauensmann wurde mit Zoltschlag bedroht. Die Unternehmer suchen sich jetzt dadurch zu helfen, daß sie die Arbeiten an auswärtige Unternehmer verlegen. Doch auch dies dürfte sie nicht zum Ziele bringen. Gelingt es, den Zugzug auch noch weiter fernzuhalten, so wird uns der endliche Sieg gewiß.

In Gräfenhagen und Weingheim dagegen ist die Situation schlechter. In beiden Orten hat sich eine Anzahl Streikbrecher eingefunden, wodurch die nötigen Arbeiten fertiggestellt werden. Dadurch gleicht sich der Kampf unendlich in die Länge.

Der Streik in Baden-Waden ist beendet. Es ist eine mündliche Vereinbarung zu Stande gekommen. Unser dortigen Kollegen nicht den nötigen Mut, den Kampf mit aller Energie durchzuführen.

Die Streiks in Ebingen und Heidesheim sind ebenfalls erledigt. In beiden Orten hatten wir Erfolg.

Der Streik der Bauarbeiter in Mannheim hat durch Abschluß eines Tarifes sein Ende gefunden.

Ebenso ist der Streik der Zementure und Asphalture in Mannheim und Ludwigshafen erfolgreich beendet. Alle Geschäfte haben den Tarif anerkannt. Die Sperren über Schloß und Schiffstadt bestehen fort.

Gau Frankfurt a. M. In Schwanheim ist die Lohnbewegung noch nicht beendet. Die Firma Peter Muth bewilligte die Forderung, nachdem auch die Kollegen bei dieser Firma in Gräfenhagen die Arbeit eingestellt hatten. In Schwanheim wird nun ein Stundenlohn von 52 $\frac{1}{2}$ und in Gräfenhagen 50 $\frac{1}{2}$ bezahlt. Auch die Firma Hafner in Gräfenhagen bewilligte den Stundenlohn von 50 $\frac{1}{2}$.

In Eisingen haben die Kollegen ohne Streik einen schönen Erfolg erzielt. Die Unternehmer, die noch früher erklärten, ihre Arbeit an einige Kolonnen aus dem bekannten Nimbor vergeben zu wollen, haben diesen Plan aufgegeben, weil diese Kollegen bekanntlich auch nicht umsonst arbeiten, und was das wichtigste ist, jetzt ebenfalls dem Verbande angehören und sich nicht mehr als Lohnbrüder und Streikbrecher betragen lassen wollen. Die Unternehmer ließen sich deshalb auf Unterhandlung ein. Erreicht wurde die zehnstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$. Vorher wurden Hungerlöhne von 28–34 $\frac{1}{2}$ bezahlt und 11 Stunden geleistet.

In Hockheim im Oberrhein sind die Kollegen am 6. Juni in den Streik eingetreten. Geordert wird ein Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ und zehnstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer haben jedes Entgegenkommen abgelehnt, obgleich in allen Nachbarorten längst höhere Löhne bezahlt werden. Die Situation ist für die Streikenden günstig. Zugzug ist nicht zu verzagen.

In Eckenheim und Ebersheim haben die Unternehmer den in Frankfurt üblichen Lohn von 64 $\frac{1}{2}$ bewilligt. Ueber die Bauten der Unternehmer Schwebenhäuser, Draumann und Menges & Schöfer in Brungesheim soll die Sperre verhängt werden.

In Marburg ist es zu einem partiellen Bauarbeiterstreik gekommen, wodurch eine Anzahl Mauerer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Zugzug ist also fernzuhalten.

Gau Elbn. Am 2. Juni wurden in Dören sämtliche Mauerer und Hilfsarbeiter ausgesperrt. Die Aussperrung erstreckte sich nur auf organisierte Mitglieder der beiden Verbände. Als Grund dazu gab der Arbeitgeberverband an, daß wir die Sperre bei Brumme nicht aufgehoben hätten. Die Sperre wurde verhängt, weil die Kollegen entlassen wurden, als sie keine Reparatur machen wollten. Und das taten sie, weil die Statutenure hier seit 18 Wochen im Ausstände stehen. Wir haben nun auch die nicht ausgesperrten Kollegen von den Bauten geholt, so daß jetzt hier vollständige Arbeitsruhe im Baugewerbe herrscht. Am 5. Juni hatten wir eine Einladung seitens des Arbeitgeberverbandes zu einer Sitzung erhalten. Dort wurde uns erklärt, daß wir die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen sollten, um am 16. Juni einen Vertrag abzuschließen. Dies haben wir abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß wir die Arbeit nicht eher aufnehmen könnten, bis unser Tarif schriftlich anerkannt wäre. Am 8. Juni luden sie uns wieder zur Verhandlung ein. Bedingung war, daß nur die Vorstehenden der Verbände, nicht aber die Gewerkschaften dabei sein sollten. Es wurde dort der Vorschlag gemacht, den Zweigverein Dören in Stadt und Land einzuteilen. Für den Stadtbereich wollten sie 45 $\frac{1}{2}$ und für den Landbereich 43 $\frac{1}{2}$ zahlen. Als Grund dafür wurde angegeben, die ländlichen Mauerer seien minderwertiger und bräuchten die hohe Miete nicht zu zahlen. Dieses Angebot haben wir abgelehnt. Wir wollen unsere Kollegen als gleichberechtigt anerkannt wissen. In den nächsten Wochen werden wir die Kollegen anderweitig unterbringen, um den Kampf mit Nachdruck durchzuführen.

Gau Dortmund. Der Streik der Fliesenleger im Ruhrgebiet dauert noch unabgeändert fort. Der Streik wird von unseren und den christlichen Sektionen und der freien Vereinigung gemeinsam geführt. Recht eigenartig benehmen sich nun die Herren der Vereinigung. Selbst während der Dauer des Kampfes können es diese Leute nicht unterlassen, den Zentralverband und dessen Leiter in ihrer „Einklinker“ und in ihren Flugblättern auf das gemeinste anzugewandeln und zu verächtlichen. Im Interesse der Gesamtheit werden wir vorläufig auf diese gemeinen Kampfmittel verzichten. Am 6. Juni mußte auch über die Firma Schätzler in Bochum die Sperre verhängt werden, da diese entgegen den Vereinbarungen Arbeiten an Hofschenunternehmer vergeben hatte. Zugug von Fliesenlegern ist strengstens fernzuhalten.

In Sattingen, was nicht zum Vertragsgebiet gehört, sind den Unternehmern Forderungen auf zehnstündige Arbeitszeit und 55 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn usw. unterbreitet. Die Antwort der Unternehmer wird zum 10. dieses Monats verlangt.

Die Oberhäuser Unternehmer waren im vorigen Jahre die einzigen, die den Vertrag nicht anerkannten. Jetzt sind auch diesen dieselben Forderungen wie in Sattin-

Aufkündigung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind im Monat Mai für Einzeln aus den Zweigvereinen eingegangen: Aus Neubaum 1, 60, Griesheim 6, Darmst. 45, Hildesheim 1, 50, Bismarck 8, Weimann 45, Cronau 40, Altsa 1, 2, 3, Dresden 5, 40, Grünberg 1, 50, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Expedition des „Grundstein“.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Beschlüsse sendet man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Beschlüsse und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Die grundmenschliche Agitation der Christen in Oberschlesien

wird immer verständlicher. Gewiss hatte man auch schon Gelegenheit, sie im Westen, z. B. im Industriegebiet, zu beobachten. Ebenso haben sie sich in Ost- und Westpreußen unvergängliche Denkmale der Schande gesetzt; aber ein derartiges Treiben, wie sie es gegenwärtig in Oberschlesien entfalten, ist wohl bisher unerreicht. Das einzige, was einen damit versöhnen kann, ist die Erfolglosigkeit, sonst aber tun sie alles, um bei jedem einen tiefen Ekel vor diesem Zweckmäßigkeitsskandalum zu erzeugen. Um beharrlicher, durch nichts zu erschütternder Verlogenheit haben sie zwar seit jeher ihren Meister gesucht, aber nie und nirgend war sie so unverdächtig, so kraß wie gegenwärtig in Oberschlesien.

Eines ihrer hauptsächlichsten, aber auch ihr unerschütterliches Mittel ist der Vorwurf, der Zentralverband der Maurer habe mit dem Abschluß des Vertrages in Oberschlesien im vorigen Jahre die Interessen der Arbeiter geschädigt. Dies Thema wird in allen christlichen Versammlungen, in all den schmerzhaften christlichen Flugblättern ohne Unterlaß breitgeschlagen. Eins ist nun bombastischer, nämlich, daß die Verbreiter dieser nichtswürdigen Verleumdung von der Unwahrheit ihrer Behauptungen selber überzeugt sind. Wir finden nicht so vertrauensselig, um anzunehmen, daß unsere erneute Feststellung der Wahrheit diese Leute, die von der Kolportierung der Lüge leben, anderen Sinnes machen wird. Sie werden auch jetzt weiter klagen, weiter verleumden. Um sie aber als das zu feingebildet, was sie sind, setzen hier noch einmal die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie in Oberschlesien vor der Vertragsabschließung und nach der Vertragsabschließung lagen, geschildert. Wir sind überzeugt, das allein wird besser als alles andere helfen, den Chimborasso von Schmutz und Unwahrheit wegzublasen, mit dem die diversen Kreaturen des christlichen Bundes das Vertragswerk unserer ober-schlesischen Kollegen bedacht haben.

Seit jeher war Schlesien, und vornehmlich Oberschlesien, das Land der unerschütterlichen Ausbeutung, der drückendsten Knechtung und der erbärmlichsten Löhne. Von diesem allgemeinen Elend machten auch die Bauarbeiter, sowohl Maurer als auch alle anderen Kategorien, keine Ausnahme. Die statistischen Aufzeichnungen über die dort herrschenden Verhältnisse, über die unser Verband verfügt, reichen bis zum Jahre 1885 zurück. Wir greifen dabei die drei bedeutendsten Orte des ober-schlesischen Industriegebietes, nämlich Beuthen, Ratibitz und Zabrze heraus. Dann ergibt sich folgendes Bild:

Der durchschnittliche Stundenlohn betrug in Pfennigen in

	1885	1890	1905
Beuthen	18	22	26
Ratibitz	18	21	25
Zabrze	18	20	20

Im Jahre 1900 wurden die statistischen Aufnahmen genauer und spezifizierter gemacht. Damals erhielten im Bezirk Beuthen 2 Gefellen 26 A, 9: 27 A, 19: 28 A, 44: 29 A, 88: 30 A; im Bezirk Ratibitz erhielten 20 Gefellen 27 A, 81: 28 A, 296: 29 A und 138: 30 A; im Bezirk Zabrze erhielten 16 Gefellen 28 A, 170: 29 A, 120: 30 A und 8: 31 A. Im Jahre 1902 betrug der auf Grund ebenso genauer Aufzeichnungen ermittelte Durchschnittslohn in Beuthen 26 A, in Ratibitz 26 A, in Zabrze 26 A. Im Jahre 1904 betrug der ebenso ermittelte Durchschnittslohn in Beuthen 30 A, in Ratibitz 30 A und in Zabrze 31 A. In diesem Jahre beträgt der Minimumlohn 36 A und zwar infolge des Vertragsabschlusses. Dazu ist die Arbeitszeit, die im Jahre 1885 noch überall 12 Stunden und im Jahre 1905 noch 11 Stunden betrug, auf 10½ Stunden verkürzt. Außerdem steht der Vertrag Zuschlagslöhne für Überstunden usw. vor, wozu früher gar nicht zu denken war.

Nun liegt uns nichts ferner, als die jetzigen Verhältnisse im ober-schlesischen Baugewerbe als Ideal zu bezeichnen, im Gegenteil, sie sind so schlecht, daß sie eigentlich in ganz Deutschland nur noch in dem ebenso miserablen Regierungsbezirk Godesberg ein würdevolles Seitenstück finden. Vornehmlich dann,

wenn man nach Gebühr beachtlich, daß es sich um eine Industriegegend handelt, wo Arbeitsmangel gerade nicht sehr häufig ist. Aber wie sehen, daß durch diesen Vertrag die Lage zu weiterer, schneller Aufwärtsbewegung der Löhne freigelegt ist, und daß er gegenüber dem früheren Zustand denn doch einen großen Fortschritt darstellt. Selbstverständlich nur dann, wenn er überall durchgeführt werden kann. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, wird unsere Organisation unter normalen Verhältnissen zu überwinden wissen. Sie geht mit der Energie vor, die unsere Bewegung überall eigen ist, soweit sich ihr nicht künstliche Hemmnisse in den Weg stellen.

Die Verleumdung der Christen fundiert auf der Behauptung, daß der Vertrag die Löhne verschlechtert habe; wie es damit steht, dürfte aus den oben angeführten Zahlen genlegend hervorgehen. In einem ihrer schmutzigen Flugblätter, die man mit der bloßen Hand kaum zu berühren wagt, heißt es:

„Ginweg mit der Gleichgültigkeit, nieder mit den Genossen, die die Arbeitsverhältnisse verschlechtert haben. Sinein in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Auf zum Kampfe für Recht und Gerechtigkeit.“

Nach allem, was wir in diesen Zeilen schon gesagt haben, kann kein Zweifel darüber sein: Diese christlichen Arbeiterführer schwindeln, und sie schwindeln betruht im Vertrauen auf die Unerschütterlichkeit der ober-schlesischen Maurer.

Sie erheben aber auch den Vorwurf, daß der Zentralverband bei dem Vertragsabschlusse eine von den Unternehmern angebotene Lohnerhöhung ausgeschlagen habe. Der Vorwurf ist so absurd, so verächtlich, daß man ihn nicht für möglich halten sollte, aber in demselben Flugblatt heißt es:

„Säßen die Führer des Zentralverbandes nicht ein hinterlistiges Spiel getrieben und heimlich einen Tarif abgeschloffen, Kollegen, der Stundenlohn würde dieses Jahr 37 A betragen. Die Leiter des sozialdemokratischen Zentralverbandes wollten ja nicht mehr haben. Die Arbeitgeber selbst wollten schon im vorigen Jahre 35 A zahlen, doch die führenden Genossen wollten bloß 34 A.“

Was mögen die Unternehmer dazu sagen, wenn sie lesen, daß der Zentralverband eine Lohnerhöhung ausgeschlagen hat, werden sie es glauben? Nein, ganz gewiss nicht, aber den ober-schlesischen Maurern wollen es diese Christen dorkwahlen. Werden sie es nach dieser erneuten Feststellung der Tatsachen noch weiter versuchen? Es soll uns schließlich jetzt gleichgültig sein. Tun sie es noch weiter, so beweisen sie nicht nur, daß ihnen jedes Gefühl für Ehrlichkeit und Wahrheit abhand gekommen ist — das haben sie längst bewiesen! —, sie dokumentieren dann, daß ihnen auch die geringste Spur eines Schamgefühls fehlt, das sonst die barocksten Schwindelagenten befehligen, wenn sie vor aller Welt an den Schandspieß geschlagen werden.

Gau Mannheim. Im Auftrage des Gauverbandes machte ich in der Zeit vom 16. bis 28. Mai eine Agitationstour. Es fanden Versammlungen statt in Colmar, Freiburg, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen, Speyer, Sandau, Kaiserslautern, St. Johann, Weierbach, Trier und Metz. Alle diese Versammlungen waren gut besucht, nur Colmar, Trier und Metz machten eine Ausnahme. In Trier konnte überhaupt keine Versammlung abgehalten werden, weil nur 12 Kollegen erschienen waren. Dies lag auch wohl daran, daß die Bauwirtschaft ganz schlecht ist. Die Metzger der dortigen Kollegen ist oberschlüssig und unter den übrigen herrscht Mangel. Andererseits mag auch schon mit daran gewesen sein, daß in dem einzigen Lokale, das der Arbeiterchaft zur Verfügung steht, am selben Abend ein Lichtbilder Vortrag stattfand, zu dem ein Teil unserer Kollegen schon Eintrittskarten gelöst hatte, es unsere Versammlung bekannt wurde. In Colmar und Metz ist der höchste Besuch wohl zum größten Teile auf die Gleichgültigkeit und Apathie unserer Kollegen zurückzuführen. Es fehlte aber überall ein großer Teil der Organisierten in Betracht zieht, so hätte die Versammlung bedeutend besser besucht sein müssen. Aber es muß anerkannt werden, daß im Gau Mannheim ganz gewaltige Fortschritte gemacht sind. Schon einmal, im Jahre 1899, machte ich in dieser Gegend eine Agitationstour im Auftrage des Gauverbandes. Wie sah es hier damals aus! — In Mannheim waren kaum 50, in Ludwigshafen höchstens 60 Kollegen in der Versammlung. In Karlsruhe waren nur neun Kollegen erschienen, so daß die Versammlung gar nicht abgehalten werden konnte, und so war es fast in allen Orten. Dagegen machten die jetzigen Versammlungen einen wohlthuenden Eindruck fast überall waren die Säle bis auf den letzten Platz gefüllt. Das ist doch sicher ein Beweis dafür, daß die Organisation nicht nur an Mitgliedern gewonnen hat, sondern, daß unsere Kollegen auch ein größeres Interesse an ihr haben. Das Thema lautete in allen Versammlungen: „Was muß der Maurer von den Arbeitgebern fordern?“ Dieses Thema wollte mir zu einer Agitationstour nicht so recht passend erscheinen, und nur auf mehrfachen Jureben des Gauverbandes willigte ich ein, es so auf, wie es mir möglich ist, zu behandeln. Und ich muß gestehen, daß der Gauverband einem großen Bedürfnis Rechnung getragen hat, denn ich kann ohne Ueberhebung sagen, daß ich nie aufmerksamer Zuhörer gehabt habe als auf dieser Tour. Trotzdem der Vortrag volle zwei Stunden dauerte, herrschte die größte Aufmerksamkeit bis zum Schluß, und der viele Beifall in allen Versammlungen zeigte mir, daß unsere Kollegen, trotzdem diese Versammlungsreihe schon eine ganze Reihe von Jahren bestehen, noch sehr wenig damit vertraut sind. Überall wurde denn auch der Wunsch laut, der Gauverband möge doch öfter derartige Themen in den Versammlungen behandeln lassen. Gleichzeitig hatte ich auch den Auftrag, in allen Zweigvereinen eine Klassen- und Bücherrevision vorzunehmen.

Es muß gesagt werden, daß unsere Kollegen auch in der Buch- und Klassenführung große Fortschritte gemacht haben. Könnte man oftmals in früheren Jahren aus der ganzen Buchführung nicht klug werden, so ist sie jetzt fast überall laublos. Allerdings haben wir in diesen Jahren von mir besuchten Orte besonders bemerkt; aber auch da, wo das nicht der Fall ist, war die Buchführung gut. Es kam heute ruhig gesagt werden: wenn Unterstellungen vorkommen, so liegt das nicht an der Unkenntnis unserer Kollegen, sondern an deren Unachtsamkeit. Ich kann mich infolge meiner Erfahrungen auf dieser Tour dahin zusammenfassen: es sind in den letzten Jahren im Gau Mannheim herrliche Erfolge erzielt worden. Die Organisation ist nicht nur groß geworden an Zahl, sondern das Wesen der Organisation und ihre innere Bedeutung ist unseren Kollegen klarer geworden. Der Gedanke der Arbeiterbewegung überhaupt hat immer mehr und mehr Eingang gehalten in die Köpfe und Herzen der Mitglieder. Auch schon jetzt das Unternehmertum im Süden den Zentralverband der Maurer in den meisten Städten als gleichberechtigten Faktor bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen, so wird er, wenn wir so weiter arbeiten, in aller nächster Zeit eine Macht werden, an der alle Maschinen der Unternehmern nicht scheitern müssen. A. Boigt, Straßburg.

Barmen-Elberfeld. Einen klaffenden Beweis für die Verlogenheit der Zentralpresse hat das hier erscheinende „Wuppertaler Volksblatt“ geliefert. Die ganze Angelegenheit zeigt aber auch, mit welcher unglaublichen Frechheit den freien Gewerkschaften die schärfsten Terrorismustaktiken angedichtet werden. Das oben genannte wuppertaler Zentrumsblatt brachte am 11. Mai folgende Notiz:

„Sozialdemokratische Freiheitshelden.“ Der christlich organisierte Maurer Schmidt war seit März dieses Jahres bei dem Bauunternehmer Zimmer in Sonnborn beschäftigt. Die dort beschäftigten Genossen behandelten Schmidt nach bekannter Methode. Täglich wurden die Gebete und Zeremonien der katholischen Kirche nachgeahmt. Aus einem Stuhl Holz wurde eine Konstante geformt und Schmidt damit unter nicht wiederzuerkennenden gemeinen Ausdrücken gequält. Das alles geschah, um Schmidt zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband zu veranlassen. Als dies alles nichts half, versuchte man, Schmidt das Verbandsbuch gestohlen zu entziehen. Schmidt verbat sich dies. Damit war das Signal zur Jagd auf den verhassten „Christlichen“ gegeben. Die Genossen und Holzstücke suchten nun auf Schmidt herüber, so daß dieser unter Lebensgefahr die Stätte der Freiheit und Würdevollheit verlassen mußte. Wenn man in Betracht zieht, daß die Maurer hier gerade in einer Lohnbewegung stehen und daß die Freiheitshelden die christlichen Maurer gehetzt haben, doch die Bewegung gemeinsam mit ihnen zu führen, ist diese Handlungsweise Arbeiterverrat im schärfsten Sinne. Wahrscheinlich, schöne Freichte, welche durch die Erziehungsanstalten in den roten Organisationen geistigt werden. Wir sind wahrhaftig die letzten, die nach dem Rabi rufen, aber angesichts solcher Fälle ist es doch am der Zeit, daß hier einmal ein Exempel statuiert wird. Den christlichen Arbeitern möge dies ein Ansporn sein, mehr als bisher für den Ausbau ihrer Organisationen Sorge zu tragen, um den Herrschergelüsten der Genossen ein Ziel zu setzen.“

Wir waren natürlich sehr erstaunt darüber und untersuchten die Sache. Das Ergebnis wurde dann in unserer „Freien Presse“ veröffentlicht:

Wahr ist, daß der Maurer Schmidt seit März bei dem Unternehmer Zimmer in Sonnborn gearbeitet hat. Wahr ist, daß der Schmidt auf Befragen der dort beschäftigten freigeordneten Kollegen stets erklärt hat, er gehöre dem Zentralverband der Maurer Deutschlands an, trotzdem solches nicht der Fall war. Wahr ist, daß Schmidt kein, wenn in den Häufen die Rede auf Politik und freigeordnete Angelegenheiten kam, er das größte Wort führte und am lautesten auf die „Hassaffen“ und freigeordnete Lehren schwärmte. Wahr ist ferner, daß Schmidt, als einer unserer Kollegen den Vorwurf machte, einmal die Mitglieder unserer Organisation mitzubringen, erklärte: „Das hätten wir schon längst tun müssen.“ Als aber den Worten in den nächsten Tagen die Tat folgen sollte, da hatte der Geld jeden Tag sein „Wuch“ „vergesen“, weil — nun weil er eben kein Befehl.

Wahr ist ferner, daß Schmidt am vorigen Dienstag Mittag dem Polier erklärte, er müsse nach Hause, da er nachmittags mit seiner Tochter zum Arzt gehen wolle, da dieselbe von dem Arzte Koliken aus der Nase entfernt bekommen. Der Polier Klingporz borgte ihm nun noch 10 A Fahrgeld, damit er elektrisch fahren konnte, so daß gar keine Rede von einem gespannten Verhältnis unter den Arbeitern sein kann. Nachmittags gegen 6 Uhr kam Schmidt wieder zur Baustelle und ersuchte den Polier Klingporz, ihm seine Arbeitsstunden auszusprechen, da ihm Herr Zimmer erklärt habe, er sei mit seinen Leistungen nicht zufrieden, auch habe er jetzt andere Arbeit bei einem rich in der Barredes gefunden, wo er 32 A statt 27 A pro Stunde verdiene. Der Polier kam diesem Wunsch sofort nach, während Herr Zimmer auf der Baustelle am wachend war. Schmidt ging dann angeblich zum Bureau, um aber bald wieder zurück zum Bauwerk zu kommen, niemand dagegen, bogte sich dann vom Vater des Unternehmers, Herrn Zimmer sen., welcher auch auf der Baustelle anwesend war, 20 A, zahlte an den Polier die 10 A vom Mittag zurück, suchte sich in aller Eile sein Verzeichnis zusammen und verließ ohne jeden Wortwechsel die Baustelle. Alle Befragungen über die Verhältnisse freigeordneter Genossen usw., Aufklärung der folgenden Monstranz, gewaltiges Entsetzen des christlichen Mitgliedsbuches, Werfen mit Steinen und Holzstücken auf den pol. Schmidt sind von A bis Z erlogen.

Nun fanden wir dem Zentrumsblatt eine Verächtung, und dieses Musterexemplar seiner Zeitung — lehnte die Aufnahme ab. Es gab den Vorwand, daß es erst selbst die Sache untersuchen wolle. Endlich, nachdem 14 Tage verstrichen waren, riefte das „Wuppertaler Volksblatt“ mit dem Ergebnis seiner Untersuchung heraus, indem es diese Notiz vom Stapel ließ:

„Sozialdemokratische Freiheitshelden.“ In unserer Ausgabe vom 11. Mai brachte wir eine Notiz.

des Zufolge der christlich organisierte Maurer-Schmidt auf einer Baustelle in Sonnborn von Genossen unter Verhöhnung und Beschädigung kirchlicher Güter und Gebäuden in brutaler Weise terrorisiert worden sei. Wie wir bereits mitteilten, ging uns in dieser Angelegenheit eine Versicherung zu, die schlanke jenes Vorkommnis, das geeignet gewesen wäre, den Sch. zu kränken, in Abrede, dagegen den Sch. als den allein schuldigen Teil hinstellte. Inzwischen lebhaften Bemühungen, den eigentlichen Tatbestand festzustellen, ist es nicht geglückt, in die Angelegenheit die gewünschte Klarheit zu bringen. Es steht Behauptung wider der Behauptung; unbefestigte Zeugen: — als welche wir in erster Linie die keiner Organisation angehörenden Arbeiter des Neubaus betrachten — erklären, nichts gesehen und gehört zu haben. Wir glauben den journalistischen Gepflogenheiten mit dieser kurzen lokalen Darlegung zu genügen, sind aber selbstverständlich gern bereit, wenn unsere damalige Notiz als irrig erweist — und das anzunehmen, haben wir heute noch keine Veranlassung, weil, wie gesagt, Behauptung gegen Behauptung steht, unseren Lesern davon Mitteilung zu machen. Wir hätten es wieder mit dem Genossen Kautsch, der die Pflicht der Wachsamkeit nur dem Genossen, aber nicht dem Feinde gegenüber anerkennt, noch mit dem Genossen Dr. Quader, der seinerzeit das geflügelte Wort prägte: Wir mögen, was wir mögen können.

Nun denke man, ein Blatt erhebt schwerwiegende Vorwürfe gegen ganz bestimmte Personen, es bedarf es der äußersten Verlässlichkeit, dardurch, einer Versicherung, darauf beruht es die Aufnahme, es erklärt, erst selber die Sache untersuchen zu wollen. Diese Untersuchung ergibt, daß die von ihm selber als unparteiisch angepriesenen Leute erklären, daß all dem Spul nichts gesehen zu haben, gar nichts davon zu wissen; trotzdem sagt es, die Sache sei nicht genügend geklärt, und weigert sich, die erforderten Vorwürfe zurückzunehmen! Und das Blatt will sich noch auf „journalistische Gepflogenheiten“ berufen! Ja, gewiss, die journalistischen Gepflogenheiten der Zentralschreiberei, von der der gut katholische Dr. Sigl einmal sagte: Sie lägen wie die Zusehler und Schwindler aus Prinzip. Der hat sie gefaselt! Die angegriffenen Kollegen werden selbstverständlich das Blatt verurteilen. Dies ist auch wieder so ein Beispiel, wie in sozialdemokratischem Terrorismus gemacht wird.

Berger a. Rhod. Am 3. b. M. beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung mit der fortwährenden Überstundenarbeit etlicher Kollegen am Neubau des Maurermeisters Steinbeck in Bins. Schon am 21. Mai wurden die Kollegen laut Beschluß der Versammlung, durch den Baudeputierten aufgefordert, die Überstundenarbeit einzustellen. (Es wurde nämlich von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr gearbeitet.) Auf Anweisung des Vorstehenden des Mühlengassen-Überstundenbundes mußte der Unternehmer drei Kollegen aus Straßburg entlassen. Dann aber verlangte man von den übrigen Kollegen Überstundenarbeit; auch warnte sich der Vorstehende des Überstundenbundes, an unseren Vorstehenden, um eine Anweisung zur Überstundenarbeit an unsere Kollegen von diesem zu verlangen, da nach seiner Ansicht Überstundenarbeit werden könnten, da nach meinte er, über solche Anträge müsse Kollege Heinrichs überhaupt nicht abstimmen lassen. Die heutige Versammlung kam trotzdem zu der Ansicht, daß die Kollegen unredlich gehandelt hätten. Wenn auch im Nachhinein, der, nebenbei gesagt, von uns nicht unterschrieben ist, Überstunden zu verlangen sind, so doch nur dann, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder der öffentliche Verkehr gehemmt ist. Reides ist hier aber nicht der Fall, sondern die Straßburger sollten unter Umständen der Straßburg wieder zur Last fallen; denn Steinbeck hätte im anderen Falle einen Wechsel von 4.600 einlösen müssen, was Jasmund unserem Vorstehenden gegenüber auferlegt. Es entspann sich nun eine lebhafteste Debatte, wie wir sie hier sonst gar nicht gewohnt sind. Sämtliche Redner beurteilten scharf das Verhalten der Kollegen; die sich nicht an die Beschlüsse der Versammlung hielten, denen sie vorher selbst zur Annahme verurteilt haben. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Kollegen Wandt, Nachbar, Reed, A. Erle, Stübemann, Schöller, Dominatus, C. Lange-Berger und Kramer den seit 14 Tagen durch Überstunden mehr verdienten Lohn an den hiesigen Sozial-Baufonds binnen zwei Wochen, bis zur nächsten Versammlung, abzugeben haben, widrigenfalls sie ausgeschlossen sind. Ebenso wurde das Verhalten eines Kollegen von der Versammlung scharf verurteilt, der bei der Revision der Mitgliedsbücher seitens des Baudeputierten dieser Schwierigkeiten machte.

Berlin. In Nr. 22 der „Baugewerkschaft“, Seite 91, sind unter der Spitzmarke „Maurerverband, dein Name ist Terrorismus“, aus Berlin einige Fälle gekennzeichnet, wo sich unsere Kollegen herbeigelassen haben sollen, christlich organisierte Kollegen aus der Arbeit zu drängen. Von allen Fällen ist uns nur einer bekannt, und zwar der vom Stollhuser Deum, Warenhaus-Jandorf. Dort haben unsere Kollegen nun eine Dummheit gemacht; sie haben dort fünf bis sieben Monate mit Christlichen zusammengegearbeitet, am 22. Mai fingen nun noch einige an, darunter auch ein gewisser Stollhuser. Unser Deputierter erfuhr nur die betreffenden, ihre Häuser zu zeigen; Schluß kam dann an mit dem Buch und fragte, ob er, der Deputierte, irgend- oder sonst was sei. Darauf, sagte unser Deputierter: „Ich bin neutral“, worauf Stollhuser sagte: „Du zeigst ich nicht, ich zeige es dem christlichen Deputierten“, was er dann auch tat. Es felen dann noch einige Worte und die Kollegen beschloßen nun, mit Stollhuser nicht zusammen zu arbeiten; sie erwiderten dann ihre Forderung, daß alle christlichen entlassen werden sollten, weil sie am 1. Mai gearbeitet hätten. Unsere Kollegen fingen nun nach dem Schluß nicht mehr an, machen uns aber keine Mitteilung davon. Sech Minuten vor 12 Uhr teilte uns Kollege, Vertreter der Christlichen, telefonisch mit, daß die Verbände die Differenz auf die Spitze getrieben hätten; es möge jemand von uns zu Mittag hinkommen. Ich sagte ihm, daß er doch unsere Meinung wisse, daß wir ein solches Vorgehen nicht gutsehen, wir würden zu Wesper jemand hinführen; er war damit zufrieden. Mittags um halb 1 Uhr kam dann ein Kollege zu uns und teilte uns mit, daß sie mit dem Christlichen nicht mehr zusammenarbeiten wollten; es lämen wohl achtzig Kollegen in Frage, es möge jemand hinkommen.

Ich ging daraufhin nach dem Bau und besuchte den Kollegen in einer zweiseitigen Debatte klar zu machen, daß wir ein derartiges Vorgehen aufs schärfste verurteilen. Unsere Mitglieder schimpften auf das Vorgehen aus, ich habe den Christlichen bei, sei überhaupt kein Vertreter u. a. m. Am 22. Mai fand eine Verhandlung der Unterkommision statt, in der den Kollegen von der Bauverwaltung der in der „Baugewerkschaft“ stizirte Vorschlag gemacht wurde. Am Beisein von Garisch unterbreitete ich den Kollegen den Vorschlag. Sie gingen darauf nicht ein; sondern schimpften wieder auf mich und verlangten die sofortige Entlassung aller Christlichen. Auch der Kollege Hagle, Mitglied unserer Verhandlung, erfuhr sie, von der Forderung Abstand zu nehmen, da wir eine derartige Forderung nicht vertreten könnten, indem plausible Gründe dafür nicht anzuführen seien; auch er wurde niedergebrellt. Garisch sagte dann zu mir: „Schmann, ich behauere dich, das sind keine Menschen mehr“. Er gab hier also zu, daß wir von Organisationswegen unsere maßhaltigen getan hätten und daß wir als Organisationsvertreter nicht für das Verhalten unserer Mitglieder verantwortlich zu machen seien. Nun sagt Garisch in dem Artikel weiter, ich hätte gesagt, daß es sich hier um die Vernichtung des christlichen Verbandes handelte. Entweder hat Garisch die Worte entziffert, oder der Redakteur der „Baugewerkschaft“ verliert, meinen Äußerungen einen ganz anderen Sinn zu geben, als sie gemeint waren. Die Sache ist so: Kollege Hagle und ich unterbreiteten uns persönlich mit einigen Kollegen über die Angelegenheit und besuchten ihnen klar zu machen, daß sie eine Dummheit begangen hätten. Unter anderem sagte ich zu den Kollegen: — und dann kam gerade Garisch hinzu: —, ob sie denn glauben, daß ich jetzt noch — nachdem der Vorstand der Christlichen von der Sache informiert sei — die Christlichen die Arbeit freiwillig meiden, oder sich bei uns aufnehmen lassen würden? Seien sie dieser Meinung, so wären sie im Irrtum; denn der christliche Vorstand betrachtet jetzt den Fall als eine Prinzipienfrage: er sehe ihn nicht mehr als ein Vorgehen gegen die einzelnen Kollegen, sondern als einen Kampf gegen die christliche Organisation. Er werde daraus gegen uns Material sammeln und seine Kollegen aufmuntern, auf ihrem Standpunkt beharren zu bleiben. Garisch gab mir darin recht und, wenn er ehrlich ist, so wird er auch zugeben, daß sich alles so abgespielt hat, wie es von mir hier geschildert wird. Die Kollegen haben 12 Tage gefestert und, bestragten bei der Vertretung die Unterhaltung. Die Vertreter lehnten diesen Antrag einstimmig ab und verurteilten das Vorgehen der Kollegen aufs schärfste. Ich halte mich verpflichtet, den Sachverhalt mitzuteilen.

Emil Lehmann.

Borna. Die hiesigen Maurer zeigten am 6. Mai eine Forderung an die Unternehmer ein. Es werden gefordert: 42 1/2 Stundenlohn, bessere Baubeden und Aborte, Befreiung der Aborte und Überstundenarbeit; was letztere unbedingt notwendig ist, soll ein Lohnzuschlag von 20 Pst. einreichen. Die Antwort der Unternehmer wurde bis zum 18. Mai verlangt. Die Herren arbeiteten aber, ließ Maurer noch nicht einmal wissen, daß sie eine Antwort erteilen. Eine am 20. Mai abgehaltene Versammlung beschäftigte sich nun mit dem Verhalten der Unternehmer. Die Forderungen wurden nochmals durchgearbeitet und der Beschluß gefaßt, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, vermittelnd einzutreten, was der Herr auch tat. Die Unternehmer hatten sich auch bereit erklärt, einer Sitzung beizumohnen. Der Herr Bürgermeister betraf nur die Unternehmer und die Lohnkommision für Montag, den 28. Mai, zu einer Sitzung zwecks Verhandlungen zusammen. Von Unterhandlungen kann aber keine Rede sein, denn die Herren erklärten, mit Vertretern der organisierten Maurer nicht verhandeln zu wollen, sondern jeder wolle mit den von ihm beschäftigten Maurern verhandeln. Die geforderten 42 1/2 Stundenlohn für den ganzen Bezirk gestellt werden mit der Bedingung, daß die Unternehmer auf dem Stande sich verpflichten, den von uns geforderten Lohn gleichfalls zu zahlen. Erst wenn dies geschieht, seien sie bereit, für das nächste Jahr einen Tarif mit uns abzuschließen. Für dieses Jahr würden ab 1. Juni 38 1/2 gewährt werden. Die Herren verhöhten unsere Kollegen noch und schimpften sie hauer. Zu einem Eingehen auf unsere Forderung kam es unter diesen Verhältnissen nicht; man ließ auseinander wie man gekommen war. Mit dieser Unterhandlung beschäftigte sich nun eine am 31. Mai abgehaltene Maurerverversammlung, in der Kollege Verkleid als Beisitz anwesend war. Die Kollegen gingen dort mit den Unternehmern und auch mit der Behörde scharf ins Gericht. Es wurde nachdrängender Debatte beschloßen, sich vorläufig mit dem 38 1/2 Stundenlohn zufrieden zu geben, da die Situation für einen Streit noch nicht als günstig anzusehen ist. Es soll aber, sobald die Zeit als günstig erkannt wird, eine Versammlung über die Durchführung, vielleicht noch erhöhter Forderungen, beschließen. Daß sich die hiesigen Maurer jetzt mit 38 1/2 abfinden lassen müssen, ist ein schlechtes Zeichen für die Organisation am Orte. 1901 und 1902 stand hier der Lohn schon auf 38 1/2, die Unternehmer haben aber den Lohn bis auf 35 1/2 herabgedrückt, was bei einer guten Organisation gar nicht möglich gewesen wäre. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, so wie die Organisation am Orte ist, so ist auch die Behandlung und Entlohnung. Die Mißstände auf Bauten sind hier so groß, daß es sich gar nicht beschreiben läßt. Die Behörde steht hier dem Treiben der Unternehmer ruhig zu. Trotz Verordnungen stehen auf den meisten Bauten Baubeden und Abort ganz, oder sie sind in einem Zustande, der aller Beschleunigung spottet. Hoffentlich haben unsere Kollegen nun begriffen, daß man nur mit der Organisation bessere Zustände herbeiführen und auch die Behörden zwingen kann, ihre erlassenen Schutzbestimmungen zu überachen.

Braunschw. Der niedrige Stundenlohn im ganzen Zweigerechtsgebiet wird in den Orten Salzgirter, Ribenburg und Ringelheim gekürzt. Im vorigen Jahre traten die Kollegen von Salzgirter in der Verband ein. Im Frühjahr d. J. wurde den Unternehmern ein Lohnzuschlag zugesagt, worin ein Stundenlohn von 30 1/2 gefordert wurde; bisher wurden 26 bis 28 1/2 bezahlt. Die Unternehmer hielten es aber nicht für richtig, auf diese beschiedenen Forderungen zu antworten. 14 Tage vor Pfingsten ist endlich den Kollegen der Schuldbescheid. In der Mitgliederversammlung am 20. Mai wurde beschloßen, nochmals vorstellig zu werden; wenn dann nicht bewilligt werde, solle sofort die Rindigung eingereicht werden. Der in Betracht kommende Unternehmer

wollte nichts mit der Organisation zu tun haben und auch keine 30 1/2 pro Stunde zahlen, worauf die Rindigung eingereicht wurde. Der Unternehmer suchte nun auf alle mögliche Weise, einige Kollegen zu verrücken an der allgemeinen Sache zu machen, selbst in dem Beibit der Honoratoren von Salzgirter wurden unorganisierte Maurer gesucht, was man aber zahlen wollte, war nicht beizuführen. Als aber alles nicht half und sich kein Baustreifer fand, nicht einmal aus dem Gaußesgraben, gab der Unternehmer in letzter Stunde, vor der Arbeitsniederlegung, eine schriftliche Erklärung ab, worin er sich verpflichtete, vom 1. Juni den 30 1/2 Stundenlohn zu zahlen, womit sich die Kollegen in einer darauf abgehaltenen Versammlung einverstanden erklärten. Auf die übrigen nebenständlichen Punkte wurde vorläufig verzichtet. Aufgabe der Kollegen von Salzgirter muß es nun sein, auch die Kollegen von Ringelheim und Ribenburg zur Erlernnis ihrer Klassenlage zu bringen.

Breslau. Am 22. Mai tagte hier im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung in der üblichen Weise, das Andenken des verstorbenen Kollegen Fritz Erlich. Kollege Niekmann eröffnete die Versammlung und sagte an, ob die Versammlung tagen solle oder nicht, um sich hinterher nicht den Vorwurf machen zu lassen, daß die Versammlung, da sie schlicht besucht wäre und in derselben Beschluß gefaßt werden müßten, hierzu nicht kompetent gewesen wäre. Kollege Widra gab bekannt, daß der Zweigverein Dels sich an uns mit dem Ersuchen gewandt habe, ihn moralisch zu unterstützen, indem wir die aus Dels hier in Breslau arbeitenden Kollegen ersuchen, sich bei uns abzumelden und in Dels anzumelden, damit die dortige junge Organisation gekürzt werde. Kollege Widra gab hierauf die Namen derjenigen Kollegen bekannt, die bis dato die Sammellisten für die Brüder Kollegen noch nicht abgegeben hätten. Es sind dies die Kollegen Bienen, Dugas, Reisch, Lende und Horn. Redner richtete ferner das Ersuchen an die Kollegen, seine Stufarbeit zu verrichten. Nimmher erbatte er den Bericht von der Konferenz. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Hierauf wurde die Wahl eines ersten Vorstehenden und zweier Revisoren vorgenommen. Zum ersten Vorstehenden wurde Kollege Freitag gewählt. Unter „Verschiedenes“ gab Widra bekannt, daß Dienstag, den 22. Mai, Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde stattgefunden hätten. Die drei Vorstände der drei Korporationen wären sich dafür einig geworden, betreffs der Agitationsklausel eine protokolllarische Erklärung abzugeben. Sollte diese in der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes nicht angenommen werden, dann würde die Klausel in Form des Frankfurter Vertrages dem Bunde unterbreitet werden. Im Falle, daß diese keine Annahme finde, so solle das Einigungsamt als letzte Instanz angerufen werden.

Elberfeld-Barmen. Zur Entgegennahme des Antwortschreibens der Bauunternehmer auf die ihnen eingereichten Forderungen tagte Montag, den 22. Mai, in Barmen und Dienstag, den 23. Mai, in Elberfeld je eine imposante Versammlung der Maurer und Baugewerkschafter. Sämtlich sollten die Unternehmer bis zum 15. Mai ihre Stellung zu den Forderungen kundgeben. Am 18. Mai lief ein Schreiben des Geschäftsführers vom Unternehmer-Schutzverband ein, das folgenden Wortlaut hatte:

Elberfeld, den 18. Mai 1906.
Herrn B. Boller, Unterharmen, Gasplatz 60.
Das Rundschreiben der dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehörenden Maurer und des dem Zentralverband der Erbs, Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter angehörenden Hilfsarbeiter von Barmen, Elberfeld und Umgegend haben wir erhalten und werden Ihnen in den nächsten Tagen die Stellungnahme unseres Schutzverbandes zu dem Inhalt des obengenannten Rundschreibens kundgeben.

Der Vorstand.
J. A. gez. Paul Gerhardt, Geschäftsführer.
In beiden Versammlungen referierte: Gauleiter Ruth-Göln. An der Hand eines reichhaltigen Materials geistelte er das äußerst brüderlichständige Verhalten der Baugewerkschaften des Buppertals, unterzog die Lebenshaltung der hiesigen Bauarbeiterschaft sowie die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte einer kritischen Beleuchtung und kam zu dem Schluß, daß an diesem Zustande die Buppertaler Bauarbeiterschaft selbst ein großer Teil Schuld treffe, indem ein sehr erheblicher Teil derselben die Macht der gewerkschaftlichen Organisation nicht richtig erfaßt habe. Pflicht der Kollegen sei es auch, den letzten Maurer und Baugewerkschafter zu organisieren, um so das Unternehmertum zu zwingen, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Zum Beweis hierfür beruft sich Redner auf Göln und Düsseldorf. Besonders in Göln hätten die Kollegen verstanden, sich eine achtunggebietende Organisation zu schaffen; denn nur durch diese sei es möglich gewesen, einen Vertrag mit den dortigen Unternehmern abzuschließen (und zwar ohne Kampf), wonach jetzt in Göln der Lohn für Maurer 58 1/2 und vom nächsten Frühjahr ab 60 1/2 pro Stunde bei neunzehnhalfstündiger Arbeitszeit betragen soll. Für Hilfsarbeiter beträgt der Lohn 10 1/2 weniger. So müsse es auch hier werden, damit das Buppertal wieder seine alte Stellung für unser Gewerbe erlange. Nach Ruth nahm Genosse Schulte das Wort, welcher zu den anwesenden Italienern in ihrer Mutterzprache referierte. Der domerische Beifall, welchen beide Redner erteilten, zeugte davon, daß wieder Kampfeslust in den Reihen der Bauarbeiter des Buppertales herrscht. Pflicht der Kollegen ist es aber, nun vor allem dafür zu sorgen, daß die Kampfeslust in der nächsten Zeit sich immer fester schließet, um dann einen etwaigen Übergriff des Unternehmertums (und einen solchen scheint daselbst zu planen) gewappnet gegenüberstehen. Es ist wohl nicht zu hoch gegriffen, wenn wir die Zahl der Besucher in Barmen auf 400 bis 500, in Elberfeld auf 600 bis 700 annehmen, denn der große Volksausaal war fast bis auf den letzten Platz besetzt. Beide Versammlungen wurden mit einem begeisterten aufgenommenen Gode auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Frankfurt a. M. Am 27. Mai hielt die Raßtelle Langenfelshaus eine mächtig besuchte Mitgliederversammlung ab; von 200 Mitgliedern waren nur 28 anwesend. Die Kuratalsabrechnung wurde genehmigt. Hierauf nahm die Versammlung den Bericht von der Sitzung des Zweigvereinsvorstandes entgegen, aus dem hervorzugehen ist, daß

der Zweigvereinsvorstand beschloffen hat, in nächster Zeit in allen größeren Baustellen Versammlungen abzuhalten, um die indifferenten Kollegen dem Verbanne zuzuführen. Ein Verschieben wurde beschlossen, verunglückten Kollegen und solchen, die eine längere Zeit krank und erwerbsunfähig sind, eine Unterstützung zu gewähren. Die Höhe der zu gewährenden Summe bestimmt die jedesmalige Versammlung. Verstorbenen Kollegen soll ein Kranz gewidmet werden. Die Hinterbliebenen eine Unterstützung gewährt werden. Der Unternehmer Kneumede sucht Maurer zu einem Stundenlohn von 36 $\frac{1}{2}$, während der tarifmäßige Lohn 44 $\frac{1}{2}$ beträgt. Die Kollegen wurden gewarnt, bei diesem Unternehmer in Arbeit zu treten.

Gera. Dienstag, den 29. Mai, tagte hier im Gasthaus „Zum Adler“ eine Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Zunächst referierte Genosse Leben über: „Messer und Bedeutung des Klassenkampfes“. Redner ermahnte für seinen dreiviertelstündigen Vortrag reichlich Beifall. Hierauf wurde Bericht erstattet von der am 19. und 21. Mai aufgenommenen Delegiertenkonferenz. Es erhielten am Orte 897 Maurer bei 87 Unternehmern. An Lohn erhielten 5 Maurer 55 $\frac{1}{2}$, 12 58, 14 44, 19 48, 291 42, 59 41, 18 40, 1 89, 2 88 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Festgestellt wurde, daß bei den Unternehmern Frauloh, Bachmann und Nische die niedrigen Löhne gezahlt werden. Bei Frauloh arbeiten 18 Maurer; davon erhalten 5 42, 7 41, 1 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, bei Bachmann arbeiten 24; davon erhalten 1 45, 11 42, 9 41, 2 40, 1 88 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Bei Nische arbeiten 60 Maurer; davon erhalten 1 44, 1 43, 24 42, 17 41, 17 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die sofort bei den genannten Unternehmern vorstellig werden soll. Hilft das nicht, sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Die Vorstellungen der dort beschickten Maurer waren bisher nutzlos; nur von Herrn Nische haben die Leute die Antwort gegeben, sie sollen sich mit solchen Sachen in Ruhe lassen oder sie sollen nur noch ein paar Wochen warten, dann wolle er etwas zugehen. Wie lange sollen die die Maurer warten? Etwa bis der Winter wieder der der Lärre steht oder bis sie als Jubiläumsmaurer bei Herrn Nische arbeiten? Es wurde beschlossen, den Hauptvorstand sofort zu benachrichtigen, daß es zu einer ernsten Lage kommen kann, wenn die betreffenden Unternehmer die Löhne nicht aufbessern. Als Vertreter zur Bauarbeiterkommission wurden Klose und Moritz einstimmig gewählt. Als Vertreter zum Gesellenausschuß wurden in Vorschlag gebracht: Meißner, Köhler, Wolfermann, Grünewald und Hüfneroth.

Landshut i. Bayern. Am 4. Juni fand in Meisbach eine öffentliche Maurerverammlung statt, die von dort wohnenden Kollegen einberufen worden war. Zwei Kollegen, die schon mehrere Jahre dem Verbanne angehören, legten in längeren Ausführungen Zweck und Nutzen des Verbandes klar und forderten dabei zum Beitritt in den Verband auf. Diese Ausführungen wurden von den Versammelten mit großer Befriedigung aufgenommen. 13 Kollegen schlossen sich dem Verbanne an. Als zur Errichtung eines selbständigen Zweigvereins in Meisbach gehören diese Kollegen zum hiesigen Zweigverein. Die Lebenshaltung der Arbeiter in Meisbach ist zufolge der sehr schlechten Lohnverhältnisse dringend der Verbesserung bedürftig. Die Maurer in Meisbach erhalten einen Lohn von 90 $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{2}$ 1,20 pro Tag und die Befestigung. Wird Befestigung nicht gewährt, so erhöht sich der Lohn auf $\frac{1}{2}$ 1,90 bis $\frac{1}{2}$ 2,40 pro Tag. Die Kollegen müssen in den meisten Fällen noch ein bis zwei Stunden täglich gehen, um an die Arbeitsstätte zu gelangen. Die tägliche Arbeitszeit der Kollegen, die Befestigung haben, ist zwölf Stunden und darüber. Entschädigung für Überstunden wird nicht gezahlt.

Mühlhausen i. G. Sonnabend, den 26. Mai, tagte hier eine Privatversammlung in der Kollege Fischer aus Mannheim über das Thema: „Arbeiterlohn und Unternehmergewinn“ referierte. Der Referent schilderte uns in sachlicher Weise die Ertragsverhältnisse, die die Maurer anderwärts durch den Zusammenschluß in der Organisation erreicht haben und kam auch auf die niedrigen Löhne zu sprechen, die so niedrig sind, daß sie kaum zu den notwendigen Lebensbedürfnissen reichen. Sind die Maurer durch ihre miserablen Lohnverhältnisse gezwungen, mit einer Lohnherabsetzung an die Meister heranzutreten, so bekommen sie zu Antwort: „Ja, Ihr könnt uns fordern, wo sollen wir es denn hernehmen, wir verdienen ja nichts bei der und der Arbeit.“ Wenn man die Unternehmer jedoch betrachtet, so nimmt es einen bloß wunder, wie faustisch und wohlbeleibt sie noch vor einem stehen, obgleich sie bei ihren Unternehmern nichts herauszuschlagen. Man hat hier Unternehmer, die vor sechs bis acht Jahren noch mit sich reden ließen; jetzt ist es jedoch anders geworden. Sie haben sich durch ihre Ausbeutung für die Arbeiter soviel erworben, daß sie es nicht mehr für notwendig erachten, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Ferner legte der Referent klar, wie sich die Unternehmer zu der Organisation der Arbeiter stellen. Für die Organisation ist es ja, der Organisation der Maurer einen vernünftigen Schlag zu verlegen. Weiter erinnerte der Referent daran, was die Arbeiter Englands durch die Organisation errungen haben. Die Kollegen sollten deshalb dafür sorgen, daß eine starke Organisation bekommen; der letzte Maurer müsse in den Zentralverband der Maurer Deutschlands hinein. Da die Kollegen den Vortrag mit lebhaften Beifall auszeichneten, so ist zu hoffen, daß die ausgesprochene Saat auf guten Boden gefallen ist und gute Früchte tragen wird. Wenn sich jeder Kollege als Agitator für die Organisation betätigt, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Hierauf erhielt der italienische Referent, Luigi Davare aus Basel, das Wort. Er sprach sich in demselben Sinne zu den italienischen Kollegen aus. Auch seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf ließen sich dann 18 italienische und 8 deutsche Kollegen als Mitglieder aufnehmen.

Mauern i. Vogtl. Am 30. Mai tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, zu der über 300 Kollegen erschienen waren. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Was gebenden die Maurer Blauns zu tun, um ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern?“ hatte unser Vertrauensmann, Kollege Schürich, das Referat übernommen. In 14 stündigen Ausführungen ging Redner auf die bestehenden Verhältnisse ein und legte es den Kollegen dar, daß es auch in Mauern endlich einmal an der Zeit sei, sich aufzuraffen, um auch einmal endlich mit dem ganz miserablen Verhältnissen brechen und ein anderes System an deren Stelle setzen zu können. Leider habe

unter den Kollegen die Gleichgültigkeit ziemlich viel Platz eingenommen, was wohl auf die verlorenen Kämpfe von 1903 und 1905 zurückzuführen ist. Mögen nun aber auch die Blaunischen Kollegen nicht mehr länger hinter den Kollegen kleinerer Städte zurückbleiben, dann ist es unbedingt notwendig, daß jeder einzelne mehr als bisher für die Organisation arbeite. Denn nur dadurch, daß wir uns eine starke Organisation schaffen, sei es möglich, mit diesem räuberischen Unternehmertum ein ernstes Wort zu reden. Weiter kam Redner auf die gezahlten Löhne zu sprechen und wies nach, daß in der Umgebung Blauns die Löhne wesentlich höher sind, als dies in Mauern der Fall ist. Am Schluß seiner Ausführungen gebachte Redner noch einige Elemente, vor denen er die Kollegen dringend warnte. Einen davon wollten wir auch hier der Öffentlichkeit übergeben. Meinhold, genannt Fliegen-schnapper, ist sein Name. Nicht genug, daß bei den vorhergegangenen Lohnkämpfen schon einige Kollegen wegen dieses Menschen ins Gefängnis wandern mußten, schenkt sich dieser „Herr“ auch jetzt noch nicht, fortgesetzt unsere Kollegen zu demoralisieren. So wurden erst vorige Woche wiederum vier Kollegen beim Baumeister Arno Friedrich hinausgeworfen. Kollege Schürich war der Ansicht, daß man einen derartigen Menschen seine ganze Verachtung schenken lassen müsse, da dieses das einfachste Mittel sei, solche Räuber von der Arbeitsstätte zu verdrängen. An die Ausführungen des Referenten knüpfte sich eine rege Diskussion, und wurde seitens des Kollegen Winter der Antrag gestellt, den hiesigen Unternehmern sofort die Lohnforderung zu unterbreiten, und zwar sollen 43 $\frac{1}{2}$ Minimallohn und die gebräuchliche Arbeitszeit verlangt werden. Der Antrag wurde von der Versammlung abgelehnt mit der Begründung, daß man zunächst versuchen müsse, die alte Forderung durchzubringen; außerdem sei es aber nicht möglich, daß man jetzt den Unternehmern die Lohnforderung aufstellt, da sie dadurch Zeit gewinnen, die nötigen Vorkehrungen vorzubereiten. Weiter wurde über das Verhalten der Bedröhten lebhaft Lage geführt und der Wunsch geäußert, sie möge sich bei einem etwaigen Lohnkampf nicht wieder so parteiisch gegen die Streikenden zeigen. In seinem Schlußwort ging Kollege Schürich noch einmal auf alle Wünsche ein und erklärte, daß an diesen Verhältnissen die Blaunischen Arbeiter den größten Teil der Schuld tragen. Sollen die Blaunischen Arbeiter dem Beispiel ihrer Genossen in anderen Orten nachgefolgt, hätten sie sich eine gute gemeinschaftliche, sowie politische Organisation geschaffen, dann könnten derartige Verhältnisse längst nicht mehr existieren. Doch könne dies alles auch jetzt noch nachgeholt werden, wenn die Blaunischen Arbeiter, besonders aber die Maurer, nach dem Motto: „Nicht bitten, nicht bitten, nur müßig gestritten, nie kämpft es sich leicht, für Wahrheit und Recht!“ handelten, und der Organisation auch den letzten Mann als Kämpfer für unsere gerechte Sache zuführten. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Maurerverband wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Salzwedel. Seit dem Jahre 1898 besteht hier eine Verbandszweigstelle, die dem Unternehmertum wiederholt beigebracht hat, daß Einigkeit zum Ziele führt. Der 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn wurde in der ganzen Altmark hier zuerst durchgesetzt. Kein Wunder, daß unsere Organisation sich damit den bitteren Haß aller Finsterringe zugezogen hat. Alles arbeitet darauf hin, sie zu vernichten. In die freilichste Weise der Verdrängung v. d. Schulenburg am 28. Januar d. J. gegen uns gekämpft hat, ist ja in Nr. 9 des „Grundstein“ berichtet worden. Diesmal ist es aber Pastor Baisewall aus Perber, der ausging, sich Vorreiter zu erwerben. Sein Meier bringt ihn ja mit unseren „Brüdern in Christo“ in engere Verbindung; da nun der Landrat seinen Erfolg zu verzeichnen hatte, sollten diese Organisationszerstörer ihr Heil versuchen und die „Freien“ ausseinandertreiben. Herr Meyer aus Hilbesheim, Neuhäuser Markt 87, dortselbst wohnhaft, wurde vom Pastor Baisewall dazu ausgetrieben, Preche zu legen. Zu diesem Zwecke wurde unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Warz Hammer, betriebslos, den Redner zu spielen. Hammer ging auch scheinbar darauf ein, und nun glaubten diese Ministerialisten gewonnenes Spiel zu haben. Sofort wiesen sie unseren Kollegen an, den etwa übertretenden Kollegen ihre Verbandsbücher abzunehmen und an folgende Adresse einzuliefern. Fr. Jacob, Berlin O 17, Mühlendörferstraße 60. Mit dieser Zimmutung, sein und seiner Kollegen Klasseninteresse in den Rot zu treten, war denn auch das Maß der Gehulb bei unseren Kollegen erschöpft. Das Christenmaterial wurde dem Gaudiosierenden übergeben, damit dieser es den „Verführern des Evangeliums von Christo“ wieder aufstele. Herr Baisewall, ein Verführer der arbeitslosen Massen, verurteilt es, unsere bisher so gut geführte Organisation auseinanderzutreiben; unterkühlt wird er dabei von den Parafisten der Arbeiterbewegung, die unter dem Deckmantel der Religion ihr schmutziges Gewerbe der Zersplitterung ausüben. Kollegen, gelst diesen schmutzigen Gesellen und ihrem Pfaffen, der sich in Dinge mischt, die ihn absolut nichts angehen, daß Ihr durchdringung seid vom Geiste der echten Solidarität und der wahren Menschenliebe, indem Ihr nun auch den letzten Mann in allen Orten in der näheren Umgebung um die Fahne des Zentralverbandes der deutschen Maurer sammelt! Macht Pfaffenstolz und -Zug zu schanden und agitiert besonders für den Bestand der nächsten Mitgliederversammlung, die sich mit den Aufrückbereiten der Christenmenschen befaßt wird.

Stettin. Der Streikbericht aus Swinemünde in Nr. 16 des „Grundstein“ war Gegenstand einer Verhandlung in der Versammlung am 24. Mai. Festgestellt ist, daß die erste Warnung vor Zugung nach Swinemünde infolge des Bauarbeiterstreiks in Nr. 17 des „Grundstein“ vom 7. April d. J. erfolgte. Ein Stettiner Parteiblatz ist schon früher vor Zugung gewarnt worden, aber es ist nicht nachgewiesen, daß einer der fünf Kollegen, von denen in dem Bericht in Nr. 16 des „Grundstein“ die Rede ist, diese Notiz gelesen hat. Am 8. April ist der Kolonnenführer nach Swinemünde gefahren, um bei Antritt Arbeit anzunehmen. Antritt beruhtigte den Kollegen; er läge nichts vor. Am 10. April sind die Arbeiter mit Handwerkszeug dem Kolonnenführer nachgefahren; einen Bauarbeiter nahmen sie von Stettin mit. Nachdem ihnen am Wellert in einer Wirtschaft der wahre Sachverhalt mitgeteilt war, ließen sie das Werkzeug auf dem Dampfer, teilten auch dem Unternehmer mit, daß sie unter diesen Umständen die Arbeit verweigerten. Der Bauarbeiter ist ohne Unterbrechung abgereist. Für die Kolonnen Unterbrechung in Stettin haben die fünf Kollegen Unterstützung verlangt. Die Unternehmern, A. 8 Entschädigung aus der großen Kasse, werden als im Scherz gesehen zugegeben. Solche und ähnliche Scherze sind in Stettin ganz und gäbe und wird deshalb dem Scherz keine große Bedeutung beigelegt. Die Drohung

eines Kollegen, die Arbeit aufzunehmen, wenn er keine Unterstützung erhält, wird, als in der Trunkenheit gesprochen, nicht ernst genommen. Das Fördern einer Unterstützung wird in nächster Zeit auf die Arbeitslosigkeit entschuldigt. Der Zweigvereinsvorstand in Stettin wird die Kollegen dahin belehren, daß sie in Zukunft bei Arbeiten nach Swinemünde zunächst den Vorstand befragen und die Beschlüsse der in Betracht kommenden Vereine respektieren müssen. Ebenso sind die Warnungen vor Zugung, gleichviel von welchem der karstellierten Berufs, zu beachten, andernfalls kein Mitglied auf den Schutz der Organisation rechnen darf.

Murzen. Donnerstag, den 31. Mai, fand hier eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Hofmann erstattete den Bericht der Lohnkommission. Nach dem Bericht ist zu bemerken, daß die Unternehmer nur ganz geringe Zulagen bewilligen wollen. Für die Jahre 1906 und 1907 wollen sie 46 $\frac{1}{2}$ und für die anderen zwei folgenden Jahre 48 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bezahlen. Die Maurer akzeptierten die Vorschläge jedoch nicht, sondern erludten um neue Verhandlungen. Die Unternehmer ließen sich aber nur dazu herbei, für 1907 46 $\frac{1}{2}$ und für 1908 und 1909 48 $\frac{1}{2}$ zu bewilligen. An den Bericht knüpfte sich eine sehr eingehende Diskussion. Die Kollegen Grimmier, Cog, Hofmann und Wagner bestritten scharf die Stellungnahme der Unternehmer. Für die Zukunft sollen bessere Statistiken aufgenommen werden, um eine ganz genaue Uebersicht zu bekommen. Die Versammlung beschloß, das Angebot der Unternehmer nicht anzunehmen. Weitere Verhandlungen seien nur dann möglich, wenn sofort eine Lohnherabsetzung in Kraft trete. Der Beschluß der Versammlung soll den Unternehmern mitgeteilt werden. Hierauf wurde zu dem Punkt: „Gewerkschaftliches“ gesprungen. In mehreren Fällen ist in letzter Zeit die Arbeitszeit unberechtigtweise übergriffen worden. Einige Arbeiter verurteilten das auf das lebhafteste. Zwei Kollegen wurden von der Versammlung beauftragt, sofort die Angelegenheit zu regeln und dann dem Bevollmächtigten Bericht zu erstatten. Ferner wurde das indifferente Verhalten einiger Kollegen der „Vollsetzung“ gegenüber sowie die Mißregelungen einiger Kollegen beprochen und darauf beschlossen, daß das diesjährige Sommerfest Sonntag, den 24. Juni, im Gasthaus „Schönhaus“ stattfinden soll.

Berichte gingen ferner noch ein aus Neumühl-Mußvort, Werben, Bismar und Mindelheim. In dem zuletzt genannten Orte wurde ein Zweigverein gegründet, während in den übrigen nur Versammlungen abgehalten wurden, von denen nichts besonders zu berichten ist.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 3. bis 9. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der brüderlichen Verwaltung in Rommels M. 400, Stettin 400, Groß-Schönebeck 200, Sonnenburg (Neumark) 100, Schierheim 100, Herzberg a. d. Elster 100, Hermsdorf 100, Königberg i. Pr. 100, Wilschburg 100, Erbshelm 80, Uelzen 60. Summa M. 1740.

Zusätzlich erhielten: Mannheim M. 200, Cannstatt 200, Halberstadt 150, Köln a. Rh. 100, Elbing 100, Mariendorf 100, Rütter a. Rhg. 50. Summa M. 900.

Aktiona, den 9. Juni 1906.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilschburg 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeitsschlag, Submisionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Unfälle, mit kurzer Aufzählung der Begleitumstände und der überlebenden Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Grad von Arbeiterbeschwerden und über Submisionsergebnisse.)

Berlin. Sonnabend, den 2. Juni, kurz vor Feierabend, verunglückte der Glashaler Reinhold Walzer, der bei der „Altkassen-Gesellschaft für Beton- und Monierbau“, auf dem Bau Elektrifizierungswerte, Schlegelstraße, beschäftigt war, dadurch, daß er durch einen Fehltritt auf der 1. Etage, 5 m hoch herabfiel. Verwundungen schaffte man den Kollegen sofort nach der königlichen Klinik. Festgestellt wurde, daß er einen schweren Schädelbruch erlitten hat, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Bei derselben Firma verunglückte Donnerstag, den 7. Juni, Nachmittags, auf dem Bau Klosterstraße der Glashaler Gustav Gladow beim Ausschalen von Betonboden und verletzte sich das Schienbein.

Deuthen i. Oberschl. Neber das schwere Baumunglück, das wir bereits in voriger Nummer meldeten, wird uns noch geschrieben: Neuberst schwere Verletzungen (Schädelbrüche) sollen der Arbeiter Johann Sowada aus Sembovit und die Bauarbeiterin Karlofa davon getragen haben; an deren Genesung wird gezweifelt. Die übrigen haben schwere Augenverletzungen durch Kalkmörtel, Krümmen, Querschüssen und innere Verletzungen erlitten. Die Verunglückten wurden alle nach dem nächsten Krankenhaus geschafft. An der Unfallstelle erschienen der Oberbürgermeister Dr. Brülling, der Bauart Meier sowie die Staatsanwaltschaft, die den Tatbestand aufnahmen. Bevor aber die Herren zur Stelle waren, gelang es den Herren Polikern, einen Teil des zusammengebrochenen Gerüstes beiseite zu schaffen, wodurch die Feststellung der Ursache des Unglücks erschwert wurde. Erst als die Polizei erschien, wurde den Polikern das Wegräumen untersagt. Das Gerüst ist am Tage vorher von zwei Mann gebaut worden. Am Unfalltag sollen nach Aussagen des Zimmerpoliers früh 5 Uhr eine Mauer Ziegelsteine und eiserne Kalkstein mit Mörtel auf das Gerüst hinaufgeschafft worden sein. Als dann die Arbeiter das Gerüst betreten, brach es in der Höhe des vierten Stockwerks zusammen, durchschlug noch drei andere Mauerungen und schleuderte die Arbeiter bis in den Keller. Der Unglücksfall soll dadurch verursacht worden sein, daß der Langriegel der etwa 6 bis 7 m lang war, noch nicht einmal 18 cm Auflage in der Wand hatte und in der Mitte nur durch ein Brett gestützt war, das dann infolge der Ueberlastung durchbrach. Die dort beschäftigten Polikere versuchten, sich von jeder

Schuld frei zu machen, indem sie behaupten, es liege ein Mordanschlag vor; die Stützen der Baufirma wären in der Nacht von unbekannten Schützen angegriffen worden. Warum hat man denn, wenn dies der Fall war, nicht gleich die Polizei geholt, Herr Stadthaus? — Warum hat man denn bereits den Brückenbau in der Nacht von 7 bis 8 Uhr gearbeitet? geordnete Zustände zu schaffen, indem sie auf den Vertrag hinwies, wurden die Kollegen Bauer, Scholz, Seifert und Schaub von dem Herrn Polier Studhina, und einmal sogar von dem Unternehmer, Herrn Sogit, selbst, der auch Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, mit Hilfe der Polizei vertrieben.

Esien a. d. R. u. h. Dienstag, den 5. Juni, führte der Kollege Fritz Blincke am Bau der neuen Maschinenhalle der Zeche „Ernestine“ in Stolpenberg die Eisen aus einer Höhe von 8 m vom Gerüst, der Tod trat sofort ein. Es muß erwähnt werden, daß der Unfall während des Gerüstbaus geschah. Es wird angenommen, daß dem Kollegen irgend ein Unfall zugefallen ist, weil an dem Gerüst, das zum Ausgehen bestimmt war, nichts gebrochen ist und ebenfalls eine Schutzleine angebracht war. Der Kollege war verheiratet und 36 Jahre alt.

Heilsbrunn. Am 19. Mai fiel der Maurer Schuster von dem Gerüst des Hauses der Gasanstalt, wodurch er sich solche Verletzungen zuzog, daß er jetzt noch krank darniederliegt. Schuld an dem Unfall ist das schlechte Gerüstmaterial. An dem ganzen Bau war kein Hebel zu finden, der stark genug wäre, einen Maurer zu tragen. Der Bau wird ausgeführt von dem Unternehmer Ritter. Als dieser von dem Unfall Kenntnis erhielt, meinte er, der Maurer wäre wohl befallen gewesen. Der Unfall passierte Morgens um 7 Uhr, zu einer Zeit also, wo Arbeiter noch keine geistigen Getränke zu sich zu nehmen pflegen. Der Unternehmer hat daher wohl noch sich auf andere geschossen, als er seinen Auspruch tat. Nachdem der Unfall eingetreten war, wurde Gerüstholz in großer Menge herbeigeschafft.

Söwenberg. Dienstag, den 29. Mai, verunglückte am Seminarbau der Bauarbeiter Richard Risch, indem er durch einen Gefährtsfall aus der ersten Etage bis in den Keller stürzte. An demselben Tage wurde einem Arbeiter aus dem Zimmerbau Bau durch herabfallendes Gestein ein Bein zerquetscht. Im erkrankten Fall ist es wohl erwiesen, daß der Sturz bis in den Keller nicht hätte stattfinden können, wenn der Keller abgedeckt gewesen wäre. Die Schuld wurde vom Polier natürlich dem Verunglückten zugeschoben. Bemerkenswert ist hier, daß an einem frei tragenden Gerüst, das zum Legen des Hauptgesimses nötig ist, nicht eine einzige Barriere angebracht ist. Die Ausfahrt dieses Baues hat die Firma Frenzel in Götting.

St. a. d. R. u. h. Freitag, den 6. Juni, führte ein Arbeiter von der dritten Etage bis auf die Erde nieder. Er blieb zwischen Balken und Bretter, die aufgeschlagen waren, liegen und trug schwere innere Verletzungen davon; er wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß ein halbverfallener Balken zerbrach. Es ist noch als ein Glück zu betrachten, daß nicht noch ein viel größeres Unglück geschehen, da der Arbeiter nicht am Bau spielten und ein Kasten mit Stahl ebenfalls herunterfiel. Ein Bauwagen zur Überführung ist an dem Bau nicht vorhanden. Der Bau führt der Maurer und Ugarer Rino für sich aus. Er hat auch die Leitung. Das Mischzeug besteht aus Holz von einem alten Wohnhaus, das abgebrochen wurde. Die Gerüststangen bestehen aus alten Strohhalmen, die die Wärmehälft angegriffen haben. Zu Gerüstbrettern wird die alte Schalung verwendet. Wir haben der Polizeiverwaltung diese Mängel gemeldet und um Abhilfe gebeten, aber dazu hat sie keine Zeit; denn sie ist mit Saalarbeitern zu viel beschäftigt. Darin hat sie wohl recht. Der Rino ließ die Fundamente durch Arbeiter aufreißen und als Verbindungsmaterial ließ er Lehm nehmen. Auf diesem Fundament soll ein vierstöckiges Haus aufgeführt werden.

Stadthagen. Mittwoch, den 30. Mai, waren Maurer damit beschäftigt, in dem benachbarten Dorfe Wrodo ein altes Wohnhaus abzureißen. Als sie nun eine Mittelwand umreißen wollten, fiel der Mittelboden herunter und traf den Arbeiter Hagen so, daß er sich ein Bein brach. Er wurde ins Krankenhaus nach Stadthagen geschafft. Der Unternehmer ist Maurermeister Feibel. — Weiter war der Bediener Schröder des Unternehmers Holz beim Sattlermeister Wismann damit beschäftigt, das Wohnhaus auf dem Hofe von der Leiter aus abzureißen. Als der Bediener auf der Leiter in die Höhe stieg, rutschte diese aus und der Bediener fiel zur Erde; er kam mit einer Handverletzung davon.

Stadthagen. Am 28. Mai ereignete sich auf dem Kochmannschen Neubau ein Unglücksfall. Eine 2 m tiefe Fundamentgrube, in der Maurer arbeiteten, war nicht abgeleitet worden. Oben wurde Material angefahren und so das Ufer belastet. Infolgedessen löste sich ein Block des Mauerwerks, das von einem alten Fundament stammte, los und verfiel auf den Kollegen Gerwinke. Er trug einen Bruch des linken Schenkelbeins, Quetschung des Oberarms und des Beckens davon. Er wurde in das Lazarett geschafft. Also wieder eine Nachlässigkeit der Herren Poliere, die zu zweien auf der Baustelle dezent sind. Es geht aber auch hier nach dem Wort: „Wiele Köpfe verberben den Weiz“.

Stadthagen. Für den Neubau des Kreishauses zu Hannover wurden für die Steinmetzarbeiten, und zwar circa 145 cbm Sandstein und circa 18 cbm Granitstein, folgende Offerten abgegeben:

M. Wajche, Welschenleben	M. 17427,85
Andolf-Schmidt, Hannover	19784,74
Wiedede & Sohn, Badbergen	18099,80
Herrn-Schäfer, Hannover	19138,85
H. Wollers, Hannover	20201,-
Meine & Jermann, Welsch	22328,15
Chr. Menning, Bredenberg	24414,75
Gebr. Schindler, Wittenburg	24462,82
Kaiser-Steinbrüche, Götting	25840,19
Zeuthener Steinbrüche, Horn	28944,45
O. Pöcker, Hannover	30566,80

Der Unterschied zwischen den niedrigsten und der höchsten Forderung beträgt rund 18 000. Das ist bei einem solchen kleinen Objekt ein ziemlich hohes Maß.

* Die Bauartigkeit in München. Schon seit Jahren befindet sich die Bauartigkeit in München im Niedergang. Die Zahl der Neubauten, soweit es sich um die Privatbauartigkeit handelt, ergibt sich für die letzten sechs Jahre aus nachfolgender Tabelle. Es wurden erstellt:

Jahr	Wohnungen	Werkstätten	Bäder	Gastwirtschaftsräume
1900	6349	216	896	107
1901	5284	113	555	87
1902	4229	124	440	87
1903	3394	101	399	85
1904	1481	63	121	22
1905	1506	157	95	16

In anderen Städten, die im Jahr 1901 ebenfalls von der Krise ergriffen wurden, brach das Jahr 1903 eine wesentliche Besserung der Bauartigkeit, die dann 1904 und 1905 in einen neuen Aufschwung überging. In München nahm die Bauartigkeit bis 1904 fortgesetzt und erheblich ab. Auch das Jahr 1905 stand noch unter dem Zeichen äußerster Mattigkeit. Die übermäßige Baupelulation rächte sich also auf Jahre hinaus und verbot die Arbeitslosigkeit in einer für die beteiligten Arbeiterbedürfnisse äußerst verberblichen Weise. Erst wurde die Arbeiterzahl künstlich gesteigert, plötzlich schlug dann die Konjunktur um und es konnte etwa nur noch ein Viertel bis ein Drittel der früher Beschäftigten Arbeit und Gehalts in München selbst finden.

Das ist ein Stück vom Fluch der kapitalistischen Spekulations- und Ausbeutungswirtschaft. Aber dieser Fluch gehört nur einmal mit zur wirtschaftlichen „Ordnung“ des modernen Klassenstaates. Und wer ihn bekämpft, ist ein „Anstifter“.

Aus Unternehmerkreisen.

* Eine Versicherungs-Organisation gegen Streiks. In München soll nun endlich — nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen — geschaffen werden. In Berlin ist, wie oben berichtet wird, eine „Gesellschaft des Vereins der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“ begründet worden. Sie ist bestimmt, die Interessen der einzelnen Verbände durch Rückversicherung zu verringern. Der Gesellschaft sind folgende Verbände beigetreten: 1. Die „Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“; 2. die „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“; 3. die „Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“; 4. die „Streikentfaltungsgesellschaft des Arbeitgeberverbandes des sächsischen Holzgewerbes“; 5. die „Gesellschaft des Verbandes von Arbeitgebern im bergischen Industriegebiet zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“; 6. die „Gesellschaft des Verbandes Berliner Schloßereien zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“. Weitere Beitritts-erklärungen sollen bevorstehen.

Vorläufig bezweckelt wir das Gelingen dieser Gesellschaft noch sehr stark. Sie wird, wie frühere Gründungen dieser Art, wohl wieder aufliegen, wenn die kleinen und mittleren Unternehmer erkannt haben, daß sie dabei diejenigen sind, die den Großindustriellen die Kassen aus dem Feuer holen sollen.

Aus anderen Berufen.

* Ausperrung der Töpfer. Die Töpfer, und zwar die Werkstatthalter, fanden seit einigen Wochen in Breslau im Streik. Das Kampfbild war eine Lohndruckerung. Um ihren Breslauer Kollegen zu Hilfe zu kommen, beschloßen die organisierten Unternehmer, ihre Gefährten samt und sonders auszusperren. Diese Beschloße scheint ziemlich einheitlich Folge geleistet zu sein. Nach den Angaben des Verbandesorgans der Töpfer sind die Gefährten in 41 Orten ausgesperrt. Über die Zahl der Ausgesperrten liegen dagegen noch keine Mitteilungen vor. Der Gewergerichtsvorstand in Breslau hat sich große Mühe gegeben, um den Frieden herbeizuführen; die Unternehmer scheinen aber noch nicht müde genug zu sein.

* Die Ausperrung der Metallarbeiter findet, wie wir schon in voriger Nummer kurz notierten, nun nicht statt. Die Angelegenheit verdient jedoch noch einen kleinen Epilog, weil immer mehr klar wird, daß der ausperrungswirtschaftliche Metallindustriellenverband in diesem Falle eine Niederlage erlitten hat. Eine Niederlage, die er darum schwerer hegen wird, weil sich nur so bedeutend schlimmeres vermeiden ließ. Die Taktik der Metallindustriellen entbehrt jeder Stetigkeit. Am 2. Mai ließen dieselben von dem Depeschenbüro verkünden, daß 26 Verbände mit 320 000 Arbeitern beschloßen hätten, ihre Arbeiter auszusperren, wenn nicht bis zum 10. Mai eine Einigung in den Streikorten erzielt sei, d. h. wenn sich die Arbeiter bis dahin nicht bedingungslos unterworfen hätten. Die Arbeiter ließen sich hiermit nicht im geringsten schrecken; in allen in Betracht kommenden Orten (es waren dies Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau und Frankfurt a. M.) lehnten sie es kategorisch ab, den Kampf ohne Erfolg abbrechen. Nun aber sollte mit der Ausperrung Ernst gemacht werden. Die bürgerliche Presse konnte sich nicht genug tun in grausigen Darstellungen des Elends, das über die Arbeiter hereinbrechen würde, wenn sie die Herren Fabrikanten bis zum äußersten reizten. Der ursprüngliche Ausperrungsstermin, der 26. Mai, war fallen gelassen und dafür der 2. Juni in Aussicht genommen. Tatsächlich haben denn auch einige Verbände einen Teil ihrer Arbeiter gefesselt, während andere, wie z. B. die gangen württembergischen Werke beschloßen, auf keinen Fall die Ausperrung vorzunehmen. Andere taten es unter Ausdrücken ihres lebhaften Bedauerns und requierten darauf, daß es nicht zur wirklichen Ausperrung kommen würde.

In ihren Publikationen hatten die Schaffmacher erklärt, daß unter den Forderungen der Forderung, deren Streik den Anlaß zu der ganzen Aktion gegeben hat, sich zwei prinzipielle Punkte befinden, in welchen eine Verhandlung unmöglich sei, nämlich die Einführung von Mindestlöhnen und das Verlangen der Verhandlung von Organisation zu Organisation. Darauf erwiderte der Verband des Metallarbeiterverbandes in einer „Erklärung“, welche er in einer Reihe von Zeitungen veröffentlichte,

daß er die Forderung der Anerkennung der Organisation nicht erhoben habe. Einer solchen Forderung wegen führe er keinen Kampf, denn die Anerkennung der Organisation ist eine Frucht, die ihm später ganz von selbst in den Schoß falle. Auch der Mindestlohn spielte in dem Kampfe eine untergeordnete Rolle, er ist nirgendwo in dem Streik gewesen; dieser war nur notwendig geworden, weil die gemachten Zugeständnisse zu gering waren. Die Forderungen, von denen die Schaffmacher behaupteten, daß sie ihnen prinzipiell nicht zustimmen können, waren also gar nicht Gegenstand des Streites und wurden demgemäß auch nicht von der Arbeiterorganisation zurückgezogen; trotzdem mußte der Gesamtverband der Metallindustriellen seinen Ausperrungsbeschloß aufheben, und zwar noch früher, als die Arbeitsaufnahme in den Streikorten erfolgte. Die Zurückziehung des Ausperrungsbeschloßes erfolgte am 29. Mai, während in den meisten Orten die Arbeit erst am 30. Mai wieder aufgenommen wurde. In Breslau ist sie bis jetzt noch nicht wieder aufgenommen, die Arbeiter streiken dort noch wie noch weiter. Daraus ergibt sich, daß die Schaffmacher ganz andere Gründe zum Einlenken hatten als sie jetzt vorgeben: ihre Organisation war in großer Gefahr. In welchem Maße die Organisation der führenden Schaffmacher zerfiel, kann man sehen, wenn man sich die Zahl der wirklich gefesselten Arbeiter betrachtet. Nach den Feststellungen waren insgesamt 71 520 Personen gefesselt. Nun hatten die Schaffmacher in ihrem zweiten Beschloß vom 14. Mai gebot, 60 p. Ct. aller von ihnen beschäftigten Arbeiter auszusperren; danach hätten es wenigstens 200 000 sein müssen. Eine ganze Anzahl Werke hatte sich eben dem Diktum der Schaffmacher nicht gefügt. Es bröckelte ganz wesentlich!

Der Ausgang dieses Kampfes zeigt, wo auch die Macht der verbundenen Großindustriellen eine Grenze findet: in großen und starken Arbeiterorganisationen. Der Metallarbeiterverband kann mit Stolz auf diesen Kampf zurückblicken, er hat mit Würde und Geschick gehandelt. Seine trotz wachsender Mitgliederzahl wird ihm bald so stark gemacht haben, daß er auch den kommenden neuen Stürmen gewachsen ist und sich das ertrömpfen kann, was ihn diesmal noch zerlegt war. Und die Christ-Dunderschen und christlichen Metallarbeiter? Sie haben sich umsonst prostituiert, indem sie sich unaufgefordert den Unternehmern als Schutztruppe an den Hals warfen. Jetzt sind sie die Blamierten, welche die Verachtung der Unternehmer und Arbeiter in gleichem Maße trifft.

Die „Soziale Praxis“, das Blatt der bürgerlichen Sozialquasialler, ist traurig über diesen Ausgang, weil es dabei nichts für sie zu tun gab und weil ihre traben Schillinge, die schon obengenannten Sonderorganisationen, so arg dabei unter die Räder gekommen sind. Sie ließ dem Metallarbeiterverband folgenbermaßen die Rechten: „... Eine wenig gelächte, die Unternehmer stark provozierende Kampfergreifungsforderung von Seiten des Metallarbeiterverbandes, der sich an Mitglieder zahlen beizuschließen, seine eigene, fast maßlos überhöht und die vielgepöbelte „Solidarität der Arbeiterklasse“ durch die Art, wie er die Christ-Dunderschen, vor den Kopf stoßt, selbst vernichtet.“

Entweder hat die „S. P.“ die ganze Zeit verschlafen, oder sie twitst bewußt ein höchst unwürdiges und unethisches Spiel. Die Metallarbeiter werden bald diese Sorte „Sozialpolitiker“ noch einmal näher kennen müssen.

* Gewerkschaftsinitiativen. Der Wildhauerverband hat zu Pfingsten d. J. sein 25jähriges Jubiläum gefeiert. Im Jahre 1881 gegründet, hatte die Organisation besonders in ihren Jugendjahren die politischen Schritten auszuführen, mit welchen die Arbeiterverbände, soweit man ihnen nicht vollends das Lebenslicht ausblies, während der Dauer des Sozialistengesetzes verfolgt wurden. Nach dem Muster des Bundes der Arbeiterverbände, der den so erfolgreichen Polizeistreich gegen die Gewerkschaften im Jahre 1878 glücklich überstanden hatte, nannte sich der neue Verein „Unterstützungsverein der Wildhauer Deutschlands“ und verlegte seinen Sitz nach Stuttgart, um der „Hebelrolle“ Aufmerksamkeit der preussischen Polizeibehörden zu ziehen und niederen Grades möglichst weit aus dem Wege zu gehen. Allerdings nutzte die Vorstalt nicht viel, denn das preussische Ministerium des Innern antwortete, daß die Organisation der staatlichen Genehmigung bedürfe. Die Leiter des Verbandes waren aber so hochfahrig, die Genehmigung nicht nachzusuchen; sie lebten deshalb, wie übrigens fast alle Gewerkschaften in der damaligen Zeit, in einem beständigen Krieg mit den Behörden, der erst mit dem Ablauf des Sozialistengesetzes ein vorläufiges Ende fand.

Im Jahre 1892 wurde der Unterstützungsverein der Wildhauer Deutschlands aufgelöst, und an seine Stelle trat der Zentralverein der Wildhauer Deutschlands. Der Zentralverein nahm in den folgenden Jahren eine normale Entwicklung; das Unterstützungsverweir wurde allmählich ausgebaut, jedoch stets nur als Mittel zum Zweck betrachtet; in der Hauptsache ist die Organisation der Wildhauer eine Kampfororganisation. Neben den Ausgaben für Lohnkämpfe beanspruchte aber die Arbeitslosenunterstützung hauptsächlich in den letzten Jahren ganz erhebliche Summen. Die moderne Einrichtung hat das Arbeitsgebiet des Wildhauers wesentlich eingeschränkt, und von der wirtschaftlichen Krise zu Beginn dieses Jahrhunderts, die in den meisten Berufen längst überwunden ist, hat sich die Wildhauerei bis jetzt noch nicht vollständig erholt. Immerhin ist ein langsame Aufsteigen der Mitgliederzahl zu konstatieren; sie stieg von 4003 am Ende des Jahres 1903 auf 4698 am Schlusse des Jahres 1904, und zu Ende des vorigen Jahres zählte der Verband 4876 Mitglieder.

* Der christliche Banarbeitersverband vertritt sich in der letzten Nummer seines Organs die Abrechnung für das zweite Halbjahr 1905. Danach ist man in der Lage, eine Übersicht über die Entwicklung dieses Verbandes im ganzen Jahre 1905 halten zu können. Eine eingehendere Würdigung ist in diesem Falle besonders angebracht. Lieber die Mitgliederzahl wird Gewanres nicht gesagt. Für den Schluss des vierten Quartals 1904 werden 14 091 Mitglieder angegeben; der Durchschnitt wird für 1904 auf 12 876 berechnet. Wie hoch die Zahl der Mitglieder am Schlusse des vierten Quartals 1905 ist, wird nicht berichtet; man begnügt sich damit, die durchschnittliche Mitgliederzahl anzugeben, die beträgt 20 679. Das wäre also eine Zunahme von 7994 Mitgliedern. Diese Zahl wird für manchen eine Enttäuschung sein; im Juni des vorigen Jahres meldete das christliche Verbandsorgan eine Auflage von 32 000, man konnte also auf eine höhere Mitgliederzahl rechnen. Aufgenommen wurden im ganzen Jahre rund 21 800 Mitglieder, davon sind

(nach der angegebenen Durchschnittszahl berechnet) rund 8000 gestiegen. Der Verband muß also der Situation einen ganz besondern hohen Tribut zahlen: etwa 86 pSt. der Neueingetretenen sind nur gestiegen, während 64 pSt. dem Verbands wieder abfiel. Die Zahl der Verwaltungsstellen hat sich von 237 am Schluß des Jahres 1904 auf 361 vermehrt. Das Verbandsorgan sagt in den Bemerkungen zur Abrechnung, daß die eigentliche Zahl der Verwaltungsstellen 456 betragen würde, wenn nicht der letzte Verwaltungstag eine Zusammenlegung der in einem Interessengebiet bestehenden Mitgliedschaften beschloßen hätte. Nimmt man diese Zahl kritisch an, so hätte der Verband allerdings eine starke Ausdehnung erfahren. Das kann man aber nicht. Zunächst sind bei den 361 Stellen 3 mitgezählt, die schon wieder aufgelöst sind, dann befinden sich 29 darunter, die bis zur Fertigstellung der Abrechnung noch nicht für das 4. Quartal 1905 abgerechnet hatten. Diese sind als Organisationen zu rechnen, denn von 10 bis 12 Monate nach dem vorgeschriebenen Termin nicht abgerechnet ist, da hört auch wohl die Organisationsfähigkeit auf. Sodann sind viele Orte mit 8, 4, ja sogar mit 7 Sectionen als ebenfalls Verwaltungsstellen aufgeführt, reduziert man diese sämtlich auf eine, wie es bei uns üblich ist, so sind weitere 54 in Abzug zu bringen. Dann bleiben 276 Organisationsorte. Aber auch diese Zahl kann noch nicht mit der Zahl unserer Zweigvereine verglichen werden, denn die Abrechnung zählt für die bei uns ein Zweigverein besteht, oft 6, 8, 10 und noch weit mehr Verwaltungsstellen auf. Um nur ein Beispiel dieser Art herauszugreifen, nennen wir Gelsenkirchen. Für unser dortiges Zweigvereinsgebiet zählen wir in der Abrechnung des christlichen Verbandes nicht weniger als 83 Stellen, ungenügend der Sectionen. Würde man also den Maßstab unserer Einrichtungen überall anlegen, dann würden von dem West-raum viel mehr als 100 Zweigvereine unserer Art übrig bleiben. Was für ein großer Unterschied dazu! Wir ergibt sich wenn man die durchschnittliche Mitgliedszahl betrachtet, die auf die einzelnen Ortsgruppen entfällt. Bei dem christlichen Verbande kommen auf jede der 361 „Verwaltungsstellen“ im Durchschnitt 57 Mitglieder, auf jeden von 914 Zweigvereine dagegen 170.

Von dem Kasseneingebaren ist folgendes zu sagen: Die Verwaltungsstellen vereinnahmten an Eintrittsgeldern M. 10 904,50, an wöchentlichen Beiträgen M. 318 682,06, an sonstigen Einnahmen M. 49 182,05, insgesamt M. 871 718,61. Von dieser Summe erhielt die Hauptkassette M. 239 727,17. Die gesamten Einnahmen der Hauptkasse betrugen im ganzen Jahr 1905 M. 208 718,88, dazu kam ein Kassenschatz von M. 88 871,18, im ganzen standen ihr also M. 247 590,01 zur Verfügung. Die Ausgaben betrugen im ganzen Jahr M. 294 621,14, so daß der Kassenschatz am Jahresende M. 96 968,87 als Kassenschatz verblieben. Am Jahresende vorher betrug der Kassenschatz M. 88 871,13, er ist also um rund M. 14 000 gestiegen. Die Abrechnung gibt zwar M. 94 777,04 als Kassenschatz an, sie rechnet dabei M. 41 808,17 mit, die von den Hauptkassengeldern in den Hülfsstellen verbleiben. Das ist fast ausschließlich auch richtig. Diese Gelder sind aber nur budmäßig vorhanden, in Wirklichkeit sind sie längst ausgegeben. Vor allem können sie bei der Verteilung der Finanzkraft nicht in Betracht kommen. Danach steht es mit den Kassenvorfällen, diesem Rückgrate jeder gewerkschaftlichen Organisation, bei dem christlichen Verbande sehr mäßig. Die Hauptkasse hat für jedes Mitglied M. 2,56 zur Verfügung, mit den in den Hülfsstellen verbleibenden Geldern erhöht sich diese Summe auf M. 4,58. Das ist sehr wenig. Das Vermögen der freien Verbände der bayerischen Arbeiter betrug im Jahre 1904 im Durchschnitt M. 16,10 pro Mitglied. Auch das ist noch lange nicht ausreichend, es ist aber doch eine ganz andere Minderhaltung als die paar Groschen des christlichen Verbandes. Von den Ausgaben, die der christliche Verband im Jahre 1905 hatte, nahm die für Streikzwecke mit M. 170 981,29 die erste Stelle ein. Für Agitation ward die unüberhältnismäßig große Summe von M. 62 919,47, für das Verbandsorgan und die beiden fremdsprachigen Zeitungen M. 27 565,46 und für die unseren Verbände nachgebildeten Unterhaltungen M. 10 940,40 verausgabt. Zum Schluß seien noch einige der größten Hülfsstellen des christlichen Verbandes genannt. An der Spitze steht Essen (Ruhr), dann folgt Berlin, Frankfurt a. M., Königsberg, Dortmund, Bismarck, Münster i. W., Silbeshelm, Hannover, Göttingen. Die Mitgliedszahlen für die einzelnen Orte sind nicht angegeben, so daß man dies nur aus den vereinnahmten wöchentlichen Beiträgen ungefähr feststellen kann. In mehreren größeren Orten scheint es in der letzten Hälfte des vorigen Jahres etwas bergab gegangen zu sein, so besonders in Königsberg i. Pr. Dort sind die Beiträge aus den wöchentlichen Beiträgen der Maurersection im zweiten Halbjahr um rund M. 3800 niedriger als im ersten, obgleich es einen Beitragsmonat mehr hat als dies. Doch das sind Einzelerscheinungen, im großen und ganzen ist der Zug nach vorwärts nicht zu verkennen. Unsere Kollegen dürfen sich nicht in Sicherheit wiegen, sie müssen unablässig auf dem Posten sein. An den Fortschritten unseres Verbandes gemessen, ist freilich die Wortführerentwicklung recht kümmerlich, aber bei den satzungsmäßigem Mängeln der Christen brauchen sie nicht mehr viel stärker zu werden, um der ganzen Arbeiterbewegung großen Schaden zufügen zu können.

Verschiedenes.

* Die Einführung einer Streikfessel in die für die Stadt abguschließenden Verträge hat auf Antrag des Stadtrats in seiner letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 12. d. M. beschlossen. Trotzdem der einzige sozialdemokratische Vertreter im Stadtverordnetenkollegium sich entschieden gegen die Einführung der Streikfessel ausgesprochen und auf die Gefahren einer solchen für die Stadt aufmerksam machte, fand es die Stadtverordnetenmehrheit für gut, den Herren Stadtverordneten diesen Widerspruch zu erweisen. Die bürgerlichen Stadtverordneten haben damit bewiesen, daß die Arbeiterinteressen ihnen höher stehen als die Vorteile der Kommune.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 87 des 24. Jahrgangs.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise

von M. 3,95 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Neue Gesellschaft“. Heft 24. Aus dem Inhalt: Die Arbeiterbewegung. — Rudolf Goldschmidt: Der Realismus als Problem. — Ralf Braum: Ein neuer Standpunkt in der Frauenfrage? — Ernst Schur: Die Arbeiterhäuser auf der Dresdener Kunstgewerbe-Ausstellung. — Der Preis des Heftes beträgt 10 A. Brodschiffe sind von dem Verlag, Berlin W 15, jederzeit zu beziehen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 12 des 16. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A, unter Kreuzband 65 A. Jahresabonnement M. 2,60.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 12 seines 28. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Vaterlands Zukunft“ und „Jeder Preuss ist vor dem Gesetz gleich“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Breslau, K. W. Wir bitten, die hiesigen Fortführungen zu unterlassen und nur eine Seite des Papiers zu beschreiben. Die eine Seite des Papiers muß gänzlich frei bleiben, sie darf auch nicht zur Hälfte beschrieben werden, wie Sie dies immer zu machen bestanden.

Delitzsch, S. Versammlungsanfrage kam zu spät. Freyhan, W. R. Statt des nichtsagenden Versammlungsberichtes hätten Sie uns lieber einen Bericht über die dortige Streiklage schicken sollen. Wir wollen aber nochmals darauf hinweisen, es geschieht bei Ihnen schon wiederholt, daß nur die eine Seite des Papiers beschrieben werden darf. Solange Sie diese unerlässliche Vorschrift nicht beachten, bleiben Ihre Berichte unberücksichtigt.

München, S. M. Da Sie nicht angegeben haben, worüber Sie Auskunft wünschen, so sind wir außer Stande, Ihren Wunsch zu erfüllen. Lieber Lohn und Arbeitszeit erhalten Sie Auskunft auch beim dortigen Zweigvereinsvorsitzenden.

Nr. 57. 1. lieber die Hundsteuer können wir Ihnen keine Auskunft geben, da die Bestimmungen hierüber in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden sind. 2. Der Graf ist nach § 838 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, den Schaden an dem Hause reparieren zu lassen.

Rostock, S. Das können wir nicht mehr feststellen. Köln, R. Der in letzter Stunde angemeldet lange Bericht kann erst in der nächsten Nummer abgedruckt werden.

Köln, R. Wir sind Sie eigentlich, daß Sie sich eine beratende Anfrage erlauben, und zu welchem Zweck sollte die Antwort dienen?

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Heile kostet 15 A.)

Berlin. Am 4. Juni starb im Alter von 48 Jahren unser treues Mitglied, der Zementierer **Theodor Newiger**.

Brandenburg a. d. S. Am 9. Juni starb nach längerer Krankheit unser treuer Verbandskollege **Otto Geigert** im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose.

Dortmund. Am 11. Juni starb nach langem Leiden an Magenkrebs und Herzschwäche unser treuer Verbandskollege **Karl Niehler** im Alter von 47 Jahren.

Essen-Steele. Am 5. Juni starb unser treuer Kollege **Fritz Winnecke** infolge eines Sturzes vom Gerüst. Der Verstorbenen war Mitbegründer der Hülfsstelle Steele.

Görlitz. Am 1. Juni starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege **Paul Müller** im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.

Lauenburg. Montag, den 4. Juni, starb im 23. Lebensjahre unser Kollege **Otto Meindt** nach langem Krankenlager an Lungenschwindsucht.

München. Am 6. Juni verschied nach langem Leiden unser treues Mitglied **Max Speiseder** im Alter von 82 Jahren.

Porzheim. Das Mitglied **Albert Blank**, geb. am 26. Juni 1867 in Hantsch, war am 24. Mai plötzlich plötzlich verstorben. Vor einigen Tagen hat man nun seine Leiche aus dem Wasser gezogen. Es hat sich herausgestellt, daß der Kollege am 24. Mai ertrunken ist.

Stuttgart. Am 27. Mai starb unser Mitglied **Gustav Stocker** in Bonlanden, 60 Jahre alt, an Herzleiden. — Am 28. Mai starb unser Mitglied **Thomas Böpple**, 68 Jahre alt, durch einen Unfall bei Hochwasser.

Weidenhausen. Am 10. Juni starb unser Kollege **Christoph Fritsch** im Alter von 86 Jahren nach kurzem schweren Krankenlager an den Folgen eines heftigen Dämmerzustandes mit nachfolgender Lungenentzündung.

Wolgast. Am 2. Juni starb unser Mitglied, der Kollege **Ewald Müsebeck**, im Alter von 19 Jahren infolge eines Unfalls.

Würzburg. Am 9. Juni starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges treues Mitglied **Nikolaus Kömpf** im Alter von 45 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre Ihrem Andenken!

Reichenhall.

Allen Kollegen zur Kenntnis, daß der Arbeitsnachweis für den Zweigverein Reichenhall jetzt von **Otto Bajer**, „Blane Taube“, verwaltet wird. Arbeitsangebote und Arbeitsgesuche sind jedesmal hier anzubringen. [M. 1,80]

Langensalza.

Die Wohnung des ersten Vorsitzenden, **Georg Meyer**, befindet sich vom 15. Juni ab **Winter der Niederhöfener-Vorstadt Nr. 5, 2. Et.** [M. 1,50]

Aufforderung.

Wer die Adresse des Kollegen **Carl Sondershausen**, geb. am 24. 9. 1866 zu Halle, Verh.-Nr. 25 546, weiß, wird ersucht, diese sofort an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Gleichfalls wird Sondershausen ersucht, nach hier zu kommen wegen Regelung der Geschäfts, widrigenfalls er seines Amtes mögends verlustig geht.

Der Zweigvereinsvorsitzende **Halle a. d. S.**
S. A.: **Carl Bege**, Satz 51.

Gr.-Neuenendorf a. d. O.

Sonntag, den 24. Juni, veranstaltet unser Zweigverein einen

Ausflug nach Nennmühl.

Abfahrt vom Vereinslokal Morgens 7 Uhr. [M. 2,40]
Alle Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Mühlenbeck.

Sonntag, den 8. Juli, im Lokale des Herrn **A. Meyer** zu Buchdorf:

Dreizehntes Stiftungsfest.

Sämtliche Mitglieder sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,80]

Der Festausschuß.

Treptow a. d. T.

Sonntags, den 23. Juni, Nachmittags 5 Uhr:

Stiftungsfest

im Vereinslokal.

Alle Vereinsmitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8]

Der Vorstand.

Bitterfeld.

Am 17. Juni feiert der Zweigverein im „Hohenzollern“ sein

Zehnjähriges Stiftungsfest

verbunden mit Ball.

Alle Kollegen mit ihren Angehörigen sind freundlichst eingeladen. [M. 2,40]

Der Vorstand.

[M. 1,80]

Aisleben.

Sonntag, den 17. Juni:

Erstes Stiftungsfest.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 17. Juni.

Berlin. Gruppe der Zementierer. L. O.: Bericht über das Ergebnis der Revisionskontrolle d. 23. 6. 06. Aufhebung d. Gruppen-Versammlungen. Bockenheim. 8 Uhr bei Wadenfen. Reuwaß eines ersten Versammlungs.

Fürstenwalde. 10. 10. Uhr im „Schloßkeller“.

Hamburg. Section der Zementierer. Nachm. 8 Uhr bei Wadenfen. Luckenwalde. Nachm. 3/4 Uhr im Vereinslokal von Otto Schulze. Wichtige Tagesordnung.

Templin. Nachm. 8 Uhr im Hermannschen Lokal.

Völkershausen. Mitglieder-Versammlung.

Werda. Nachm. 3/4 Uhr im Restaurant „Gemeinschaft“.

Wiesenburg. Nachm. 8 Uhr im Gasthof „Zum Hofsäger“.

Dienstag, den 19. Juni.

Liegnitz. Mitglieder-Versammlung.

Rehau. Bei Georg Wöbel, „Fischer Aue“.

Selb. Abends 8 Uhr im „Schloßkeller“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Mittwoch, den 20. Juni.

Berlin, Osten I und II. Abends 8/9 Uhr im „Königsbau“. Große Frankfurtische. 117.

Berlin. Begleit Städt. Abends 8/9 Uhr bei Schellhake, Wilmers. 15. Vortrag über Arbeitslohn und Erziehung. Verschiedenes.

Grünberg i. Schl. Bei Frau Wöbel.

Sonntags, den 23. Juni.

Werden. Abends 8/9 Uhr im „Gustavsbau“.

Sonntag, den 24. Juni.

Bleekede. Nachm. 8 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Döheln. Nachm. 8 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Hintersee. Mittags 12 Uhr im Vereinslokal.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.